

# Der Grundstein.

Wochenblatt für die deutschen Maurer und diesen verwandte Berufsgenossen.  
Offizielles Publikationsorgan der Maurer Deutschlands.

Verantwortlicher Redakteur: Johann Stanning in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1. — ohne Bestellgeld, bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.45. — Anzeigen die dreispaltige Zeile ober deren Raum 15 A. — Postkatalog Nr. 2565.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Finkenplatz Nr. 2, erste Etage.

**Inhalt:** Zum Jahreswechsel. Die wahre Demagogie. — Parlamentarisches. — Wirtschaftlich-soziale Rundschau. Aus der Partei. Warnung. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Beachtenswerthe Zahlen und Urtheile über Streiks. Der Gewerkschaftsprozess in Magdeburg. An die Vorstände und Vertrauensleute der deutschen Gewerkschaften. — Situationsberichte. — Eingekandt. — Bescheide des Reichsversicherungsamtes. — Gerichts-Chronik. — Briefkasten.

### Ein neues Quartals-Abonnement

beginnt am 1. Januar 1891. Wir ersuchen alle unsere Leser und Freunde, die Erneuerung des Abonnements auf unser Blatt baldmöglichst zu bewirken, damit im Vertriebe desselben keine Störung eintritt.

Der „Grundstein“ kostet pro Quartal und Exemplar M. 1, der Kreuzband M. 1.40. Bei Entnahme von mehr als drei Exemplaren tritt je nach der Anzahl der verlangten Exemplare Preisermäßigung ein.

Der Abonnements-Betrag ist bei Bezug von weniger als fünf Exemplaren bis zum Empfang der vierten Nummer jedes Quartals zu entrichten, widrigenfalls die weitere Zusendung des Blattes eingestellt wird. Im Uebrigen muß der Betrag spätestens bis Quartals-Schluss an die oben bezeichnete Adresse eingekandt werden. Bei Nichtbefolgung dieser Bezugsbedingungen haben die Verbreiter sich die ihnen erwachsenden Unannehmlichkeiten selbst zu verschreiben.

Durch die Post bezogen kostet der „Grundstein“ einschließlich Bestellgeld pro Quartal M. 1.15; derselbe ist im Postzeitungsverzeichnisse pro 1891 unter Nummer 2630 aufgeführt. Wir empfehlen den Einzelabonnenten der Billigkeit halber den Bezug des „Grundstein“ durch die Post, machen jedoch darauf aufmerksam, daß die Bestellungen spätestens am 28. Dezember bei dem betreffenden Kaiserlichen Postamt aufgegeben werden müssen. Schließlich ersuchen wir die berechtigten Verbreiter des Blattes um umgehende Angabe der etwaigen Veränderungen im Abonnementbestande.

Mit herzlichem „Gruß“  
Die Redaktion und Expedition.

### Zum Jahreswechsel.

Wiederum verfliehet ein Jahr unwiederbringlich in dem Meer der Zeit. Die Leiden, wie die Freuden, die guten, wie die schlimmen Ereignisse und Erfahrungen, die es uns gebracht, liegen hinter uns im Reich der Erinnerung. Und die Erinnerung drängt an uns heran und mit erstem Blick überschauen wir nochmals alle die Ereignisse, an denen das Jahr, besonders für das arbeitende Volk, so reich gewesen ist.

Müdig und unverzagt, erfüllt von der Erkenntnis ihrer heiligen Rechte, hat die ehrliche Arbeit den alten Kampf um Erleichterung, um Befreiung von Noth, Elend und unnatürlicher wirtschaftlicher und sozialer Abhängigkeit, um Brot und Recht und Freiheit fortgesetzt. Denn diesen Kampf unablässig zu führen und ihn zum endgültigen Austrag zu bringen, das ist der Arbeit geschichtlicher Beruf. Es handelt sich in diesem Kampfe um mehr, als um die Befreiung der Dringenden. Lebensnothdurft; sein großes und schönes Ziel ist: die Ausgestaltung einer besseren und gerechteren Gesellschaftsordnung, in welcher es nichtlebende, unterdrückte Klassen nicht mehr giebt.

Daß dieses das Ziel der proletarischen Bewegung auf dem ganzen Erdrunde ist, wissen deren Gegner sehr wohl, und es kann deshalb nicht Wunder nehmen, daß sie all ihre reale Macht und all ihre Autorität aufwenden, die Bewegung einzudämmen, zu verhindern, zu zerstreuen. Ist doch die Arbeiterbewegung des schwindenden Jahres besonders dadurch charakterisiert, daß sie einer bis dahin unerhörten permanenten Ansturm des koalirten Unternehmertums gegen die Arbeiter-

organisation unter äußerster Anspannung ihrer Kräfte abzuwehren hatte. Das war ein furchtbar erster und heißer Kampf, dem ungezählte Tausende braver Existenzen in den Reihen der Arbeiter, eine Unsumme von Glück und relativ bescheidener Wohlfahrt zum Opfer gefallen sind. Noch bluten die Wunden, die den wackeren Kämpfern für die Rechte der Arbeit geschlagen worden sind, aber voll Stolzes dürfen sie sagen, daß ihr oft geradezu bewundernswürdiger Widerstand nicht vergeblich gewesen ist; sie haben das Feld behauptet und brauchen sich nicht zu verhehlen, daß auch sie den Gegner in empfindlichster Weise getroffen haben, gleich wie dieser sie getroffen hat.

Jeder Gegner der Arbeiterlage, der im Stande ist, die Thatfachen richtig zu beurtheilen, muß aus den wirtschaftlich-sozialen Kämpfen des ablaufenden Jahres die Ueberzeugung gewonnen haben, daß die Faktoren, die in diesen Kämpfen das bestimmende und treibende Element bilden, nicht in den sogenannten „aufkeimenden Agitatoren“, nicht in der vorgeblich von denselben künstlich „geschürten Unzufriedenheit“ zu sehen sind. Das von den Arbeitern betätigte Solidariätsgesühl, ihre großartige Opferfreudigkeit, ihre unbedingliche Ausdauer im Kampfe, die oft genug selbst dem Dämon Hunger Trost bot, — sie lassen sich nur begreifen aus der Rechtskenntnis, welche die arbeitenden Klassen in Betreff ihrer Stellung im wirtschaftlich-sozialen Leben gewonnen haben. Sie wollen nicht nur dem Buchstaben nach, auf dem Papier, gleichberechtigt sein, sondern in Wirklichkeit, in der Praxis des wirtschaftlich-sozialen Lebens.

Aber gerade die wirkliche Gleichberechtigung will die Masse der Mitglieder der herrschenden Interessentligen den Arbeitern nicht einräumen. Und daraus wird verständlich, weshalb diese Forderungen mit stets wachsendem Fanatismus von der Gesetzgebung die möglichste Beschränkung der freien Bewegung der Arbeiter, deren möglichst vollständige Unterwerfung unter die Willkür des Unternehmertums fordern. Und das nennen sie, als ob es der bitteren Satyre auf Wahrheit und Gerechtigkeit in unserer Zeit nicht schon genug gäbe, fed und unverfroren: „Sozialreform“. Das ganze Jahr über sind die Arbeiter Deutschlands in Aufregung gewesen ob der Versuche, sie im wirtschaftlich-sozialen Daseins- und Interessentkämpfe noch mehr zu beschränken, als sie nach Maßgabe ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit und durch Gesetz schon beschränkt sind. Noch ist die endgültige Entscheidung über die diesbezüglichen reaktionären Gesetzesvorschläge, die dem Reichstage unterbreitet worden sind, nicht gefallen; erst das neue Jahr wird sie bringen. Inzwischen aber bleibt den Arbeitern die Erregung, welche das Gefühl der Ungewissheit ob der Entscheidung in solchen Fällen ganz naturgemäß mit sich bringt. Und dazu kommt noch die Aufregung über die für den Arbeiterstand so schlimmen Konsequenzen der wachsenden Unsicherheit und Korruption der allgemeinen wirtschaftlichen Lage.

Unter solchen Umständen kann nicht davon die Rede sein, daß das ablaufende Jahr der Förderung des sozialen Friedens gebiet und die allgemeine Unzufriedenheit vermindert habe. Davon kann so lange nicht die Rede sein, als die herrschenden Interessentrichtungen nicht zunächst wenigstens bereit sind, auf dem Boden der Gleichberechtigung mit den Arbeitern ehrlich und offen zu verhandeln, von ihrer unberechtigten Präntation einer Vornahme abzustehen und die Arbeiter abzugeben. Aber leider hat es nicht den Anschein, als seien sie zu solchem „Opfer“, welches doch nur eine Aner-

kennung der Gerechtigkeit bedeuten würde, bereit. Würden sie solche Bereitwilligkeit betheiligen, so wäre damit ja allerdings noch lange nichts an den schlimmen wirtschaftlichen Verhältnissen geändert; aber es wäre doch wenigstens die Möglichkeit geboten, den äußersten Kampf, wie er in Arbeitsausperrungen und Streiks sich äußert, und damit ein Unmaß von Erbitterung zu vermeiden. Das wäre die Lösung der sozialen Frage nicht, aber es wäre das beste Mittel zu einer friedlichen Lösung.

Wir wünschen den Gegnern der Arbeiterbewegung zum neuen Jahre: daß sie mit dieser Erkenntnis erfüllt werden und darnach handeln mögen! Wollen sie den Kampf in der bisherigen Weise, nach den bisherigen verderblichen Grundsätzen, mit der bisherigen Anmaßung, Ueberhebung und Rücksichtslosigkeit, pochend auf ihre wirtschaftliche Uebermacht, womöglich mit noch gesteigertem Fanatismus fortsetzen im neuen Jahre — wohl, sie mögen's thun! Die Arbeiter werden dann um so entschlossener für ihre heilige und gerechte Sache einstehen. Sie sind gerüstet auf den neuen Kampf und scheuen neue Opfer und neue Wunden nicht!

Euch aber, wackere Freunde und Genossen, entbieten wir unseren herzlichsten Glückwunsch zum neuen Jahre! Wir wissen, daß Ihr es antreten werdet mit dem ersten Gelübde, immer eifriger, nur nachdrücklicher und gewissenhafter, an der Erfüllung des hohen geschichtlichen Berufs der Arbeit mitzuwirken! Und wir sind überzeugt, daß Ihr dieses Gelübde halten werdet, Euch selbst zur Genugthuung und zur Ehre, der gerechten Sache zum Heil. Wo immer ehrliche Arbeiterherzen schlagen, da wird zum neuen Jahre der Ruf erklingen:

**Hoch die Arbeit im Kampfe für ihr Recht!**

### Die wahre Demagogie.

IV.

Werfen wir nun einen Blick auf diejenigen sozialreformatorischen Bestrebungen der konservativen Demagogie, die vorgeblich den Arbeitern zu Gute kommen sollen.

Sei, wie die Neben Christen in ihren Versammlungen, im Parlament und in ihrer Presse so frisch in's Zeug geben! Wie herrlich sie gelernt haben, die sozialistischen Lehren auszubeuten für ihre Zwecke, — um die Arbeiter einzufangen. So schrieb einmal der Generaldemagoge und Heilapostel Stöcker in einem Aufsatz über „Arbeiterschutz“ Folgendes:

„Für die große Masse der Arbeiter, die nichts Anders hat als ihrer Hände Arbeit, die also von der Maschine und dem Kapital gänzlich abhängig ist, ist ein Schutz dieses ihres einzigen werthvollen Eigenthums, auf dem ihre ganze Existenz ruht, durchaus nöthig. Diese Massen lediglich auf Selbstschutz anweisen, heißt den sozialen Krieg zwischen Arbeit und Kapital hervorruhen. Jedes Eigenthum an Geld und Gut und Haus erreicht sich staatl. Schutzes und der Staat schützt sich selbst, indem er das Eigenthum seiner Bürger schützt. Aber noch viel mehr schützt der Staat sich selbst, wenn er die große Masse der Arbeiter vor der übermäßigen Ausbeutung ihrer Arbeitskraft schützt.“

Ist das nicht schön gesagt? Und dann kommt der fromme Generaldemagoge und erklärt:

„Für den Kranken und unfähigen Arbeiter hat der Staat bereits durch die Kranken- und Unfallversicherung einen Schutz bereitet; es handelt sich aber in der Hauptsache um den Schutz für den

gesunden Arbeiter. . . Die Regierung kann ihre Sozialreform nicht mit dem Unfallgesetz abschließen — selbst wenn sie das wollte. Die Dinge sind mächtiger als die mächtigsten Menschen. Die unübersehbare Macht der Logik der Thatfachen und zwar der Thatfachen, hinter welchen die ganze ungeheure Macht der Arbeitermassen und der sozialen Verhältnisse steht, zwingt zur Fortführung der Sozialreform und gerade in Bezug auf den Schutz für die Arbeit.

Sehr wahr! Die unübersehbare Macht der Logik der Thatfachen, welche fertig gebracht hat, daß konservative Demagogen das eingestehen müssen, wird auch noch fertig bringen, aber ganz gewiß nicht da aufhören, wo diese es wünschen, nämlich bei dem Dinge, was sie die „ausgleichende Gerechtigkeit“ nennen. Diese Gerechtigkeit soll nämlich darin bestehen: daß der Arbeiter, „der sich infolge seiner Abhängigkeit vom Arbeitsherrn nicht selber schützen kann.“ vom Staate geschützt werde.

Wozu doch solche heuchlerische Nebenarten? Es kann sich nicht handeln um eine „ausgleichende“, sondern lediglich um eine befreiende Gerechtigkeit, welche fordert: daß die Abhängigkeit des Arbeiters vom Arbeitsherrn, vom Kapital, aufgehört, weil sie den Arbeiter mit dem Arbeitsherrn fast auf eine Stufe stellt, ihn dem Sklaven näher bringt, als dem freien Manne; eine befreiende Gerechtigkeit, welche an Stelle der anarchoisierenden Produktionsweise des Kapitalismus die nach festen Ordnungsregeln wirkende berufsgenossenschaftliche setzt, wie die Sozialdemokratie sie fordert, und zwar nicht nur für die Industrie, sondern auch für die Landwirtschaft.

Das ist das Ziel, welches die Logik der Thatfachen für die wirtschaftliche Entwicklung gesteckt hat. Dieses Ziel aber fürchtet der Konservatismus ebenso sehr, wie der Liberalismus.

Da glauben die konservativen Volksvertreter Wunder was geleistet zu haben mit ihrer Zustimmung zu der bekanntlich sehr mangelhaften Kranken- und Unfallversicherung, und das Aeußerste an Arbeiterfreundlichkeit glaubten sie zu leisten, wenn sie nun auch noch für die Invaliditäts- und Altersversorgung sich erwärmen und zu der Frage der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit sich „wohlwollend“ zu verhalten erklären.

Es ist ein Stück Beschwichtigungspolitik; insofern den Arbeitern ein Vortheil daraus erwächst, ist's doch nur eine höchst unbedeutende Abschlagszahlung.

Die herrlich-frommen Herren wollen den von der Ausbeutungsucht des mobilen Kapitals betroffenen Arbeiter für sich gewinnen. Von der elenden Lage der unter Vormüßigkeit der konservativen Junker stehenden ländlichen Arbeiterbevölkerung, von der Ausbeutung, der diese preisgegeben ist, darf natürlich Niemand sprechen. Das ist ja auch wieder „ganz etwas Anderes“; da handelt es sich um die Interessen Derjenigen, die sich als die festesten Stützen der christlichen Ordnung geben und in dem Wahne leben, ein „soziales Königthum“ schaffen zu können oder gar schon geschaffen zu haben.

Bei all ihrer in demonstrativer Weise zur Schau getragenen Arbeiterfreundlichkeit fallen die konservativen Demagogen stets aus der Rolle, — und schließlich ist und bleibt das Alpha und das Omega all ihrer sozial-reformatrischen Weisheit die — Polizei, das stramme bürokratische Regiment. Das haben sie gelegentlich der Beratungen über die Gewerbeordnung, die Kranken- und Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung zc. zc. zur Genüge bewiesen. Sie bemühen sich, den Arbeitern eine neue Zuchtstrafe zu binden in Form der Arbeitsbücher, also die Arbeiter gleich gemeinen Verbrechern unter eine Art von Polizeiaufsicht zu stellen, ihnen eine von derjenigen aller anderen Staatsbürger verschiedene Stellung anzuweisen. — Sie eifern gegen die Koalitionsfreiheit der industriellen Arbeiter, welche dieselben in den Stand setzen soll, vereint ihre Interessen zu wahren.

Von Koalitionsfreiheit für die ländlichen Arbeiter wollen sie natürlich noch viel weniger wissen; der ländliche Arbeiter zumal soll auf Grund der Gesindeordnung in der Stellung eines Anrechtes bleiben, der nicht machen darf, sondern sich auf die „ausgleichende Gerechtigkeit“ seiner Herrn zu verlassen hat. — Sie fordern die

gesetzliche Sonntagsfeier, aber nur, damit dem Arbeiter Gelegenheit geboten werde, in die Kirche zu gehen. — Sie wollen die Kinder der Arbeiter bewahren vor den sittlichen und materiellen Schäden der Fabrikarbeit und haben den Muth, wie einmal die konservativen Abgeordneten Hartmann und Merbach in der Arbeiter-Schutzgesetz-Kommission des Reichstages es thaten, zu verlangen: daß die Kinder schon von zehn Jahren an arbeiten sollen, und zwar „im Interesse der Arbeiter“, um „deren Verdienst zu heben“. (!!) Freilich, das Vaterland ist in Gefahr, wenn die schulpflichtige Jugend sich in der Schule und in der frischen Luft statt in den mit Dunst geschwängerten Räumen der Fabriken befindet. Die zarten Kinderfinger sollen sich recht früh an die mechanische und verkrüppelnde Thätigkeit gewöhnen, damit sie später recht viel leisten können.

Man denke: Deutschland giebt jährlich so viele Millionen Mark für den Militarismus aus und erleidet durch denselben außerdem noch einen bedeutenden Arbeitsverlust; es kann die Gehalte hoher Beamten erhöhen; es kann Millionen für Dampfer-Subventionen bewilligen; — es zahlt jährlich Millionen für Kultuszwecke, die keinen einzigen Arbeiter satt machen, — Deutschland ist reich, stark und mächtig, aber es kann die Kinderarbeit nicht entbehren!

Und da wollen die konservativen Volksbeglucker zu allem Ueberflus auch noch — natürlich wieder mit Hilfe der Polizei — durch Zwangsmaßnahmen, Reform des Lehrlingswesens und dergleichen mehr dem Handwerk helfen.

So suchen sie in echt demagogischer Weise alle diejenigen Elemente, welche Ursache haben, mit dem manchesterlichen Liberalismus und seinen Errungenschaften unzufrieden zu sein, ihren Sonderinteressen dienlich zu machen.

Sie werden aber weder dem Bruder Bauer, noch dem Lohnarbeiter, noch dem Handwerker helfen. Ihrer auf diese Elemente berechneten Propaganda liegt die Absicht zu Grunde, dem Liberalismus einerseits und der Sozialdemokratie andererseits gegenüber größtmögliche politische Macht und größtmöglichen sozialen Einfluß zu gewinnen, den sie allein niemals erreichen können. Weiter hat die Propaganda keinen Zweck; alle die schönen Phrasen von Bauern-, Arbeiter- und Handwerkerfreundlichkeit, vom „Schutze der ehrlichen Arbeit“, sind nur Mittel zu diesem Zweck, hinter welchem der krasse Egoismus, die maßlose Herrschsucht, die bedenklichste Präntension der Autorität lauert.

Und wenn sie den entscheidenden Einfluß in der Gesetzgebung auf die Dauer gewinnen und behaupten könnten? Was dann? Dann muß „Bruder Bauer“ und „Freund“ Arbeiter und Handwerker hüßlich artig sein und ja nicht sein Recht fordern und nicht klagen, sonst wird die konservative Vormundschaft ihn begrifflich machen, was sein beschränkter Unterthanenverstand werth ist, daß er Steuern zu zahlen, Soldat zu spielen und still zu schweigen hat, von wegen der „Ordnung“. Die seitherigen kümmerlichen Freiheiten, betreffend das Vereins- und Versammlungs-wesen, die Presse, das religiöse Bekenntniß, die Freizügigkeit, die Koalition der Arbeiter zc. zc. werden versinken im Danaidenbienst der Reaktion!

Und dann? Ja, dann werden sie kommen, alle die Bethörten, und schwören auf das Evangelium der Sozialdemokratie, und nur noch zwei Parteien wird es geben: die Vertheidiger der Volksrechte und die der Reaktion.

Will man dieses Exempel machen? Die Sozialdemokratie braucht es nicht zu fürchten!

Aber auch ohne das werden die konservativen Demagogen kein großes Glück haben mit der Bundesgenossenschaft der arbeitenden Klassen. Dieselben werden schon noch rechtzeitig zur Verfügung kommen, soweit sie noch nicht dazu gekommen sind. Die Früchte der konservativen Sozialreform reifen sehr schnell, ihr Genuss bedeutet Enttäuschung, sie sind saft- und kraftlos, vom Wurme der Selbstsucht schon in der Blüte angegriffen.

Und wieder wird es dann eine Illustration von weltgeschichtlicher Bedeutung geben zu dem bekannten Wort: „Den proletarischen Bettelsack schwenkten die Männer des konservativen Gehirns als Fahne in der Hand, um das Volk hinter sich zu sammeln. So oft es ihnen aber folgte, erblickte es auf ihrem Hintern die alten feudalen

Wappen und vertief sich mit lautem, unehrerbietigem Gelächter.“ — Aber sammeln wird sich dann das Volk um das Banner des demokratischen Sozialismus und ihn begeistert folgen zum Siege über Unrecht und Lüge, Anmaßung und Scheitler, und eine bessere Gesetzgebung, hervorgegangen aus der richtigen Erkenntniß und Würdigung der Thatfachen, wird das erlösende Wort der Gerechtigkeit sprechen.

Jedenfalls darf die deutsche Sozialdemokratie schon jetzt mit berechtigtem Stolz auf ihre seitherige Thätigkeit blicken; ihre Errungenschaften sind (ganz abgesehen von den Erfolgen der letzten Reichstagswahl) größer, als mancher ihrer Anhänger selbst anzunehmen geneigt ist. Sie hat dem „schlaftrig lahmen Schenkel“, der Gleichgültigkeit in sozialen Dingen, den Todesstoß versetzt; sie hat der sozialen Frage zur Anerkennung verholfen; sie hat den elenden Kückenglauben an die „unvermeidliche Nothwendigkeit“ des Elends der Massen erschüttert; sie hat der Volkswirtschaft die zum Heile des Volkes notwendige Richtung angewiesen und das Bewußtsein der Volkswürde und des Volksberufes getreuet aus dem gährenden Schlamm der Korruption, in den es so tief versunken war!

Und alles das, ohne auch nur einen einzigen Appell an die blinde Leidenschaft und die rohe Gewalt zu richten, lediglich durch den beständigen Anruf der gerechten Prinzipien, unterstützt von der „Macht der Thatfachen“.

Im Bunde mit dieser unbezwinglichen Macht schreiten wir vorwärts, immer vorwärts, muthig, unverbrochen, ungebeugt trotz aller Verfolgung, stark im Geiste der Wahrheit und des Rechts. Es ist das ewige „Vorwärts“ der Weltgeschichte, das uns drängt. Wer dieses „Vorwärts“ überhört oder nicht hören will, der ist gerichtet!

**Parlamentarisches.**

Der Verband deutscher Baugewerks-Vereinigungen hat dem Reichstage, dem Reichsamt des Innern und dem Bundesrathe abermals seine bekannte Petition, betreffend Einführung der Prüfungspflicht für das Baugewerbe, eingereicht.

In der Begründung der Petition wird die allerbeste tendenziöse Behauptung wiederholt, daß die Einführung des Befähigungsnachweises „der einzig sichere und zuverlässige Weg zur Vermeidung der Unfälle im Baugewerbe sei.“ Neu in der Begründung ist Folgendes:

Die Einführung des Befähigungsnachweises wird im Weiteren wesentlich zur Erhaltung der Gesundheit unserer Mitmenschen beitragen (!) Es ist nicht unbekannt, daß für die Bewohner mangelhaft ausgeführter Gebäude eine immerwährende Gefahr für Leben und Gesundheit besteht. Wir denken hier an die ungelunden Wohnungen und Krankheitsherde, welche entstehen durch Verwendung gesundheitsgefährdender Materialien und der Gesundheit nachtheiliger Anlagen, wie mangelhafte Nistung der Wände, ungenügende oder gänzlich fehlende Belüftung der etwa vorhandenen Grundbesenheiten und schädlicher Erträge, mangelhafte Abwasseranlagen, gesundheitsgefährliche Zu- und Abführung des Wassers, gesundheitsgefährliche Anlage und Ausführung von Sentgruben und Spülsteinen, Wahl eines gefährlichen Bauplatzes, fehlende Vorrichtungen zur Leitung guter und Abführung schlechter Luft u. u. Nach dem heutigen Stande der Wissenschaft entstehen die meisten anfechtenden Krankheiten in mangelhaft angelegten Wohnungen. Dies Alles kann nur vermieden werden, wenn der Stand der Bauunternehmer, welcher berufen ist, unter eigener Verantwortung <sup>19/20</sup> aller Bauwerke auszuführen, auf diejenige Bildungshöhe gebracht wird, welche ihn in den Stand setzt, sich ein eigenes Urtheil über die Fortschritte der Technik und Gesundheitskunde zu bilden.

Was das Alles mit dem zünftlerischen Befähigungsnachweis zu thun hat, ist dem gefunden Menschenverstand unfernlich. Den Bau ungefunder Wohnungen zu verhüten, ist die Aufgabe der Bau- bezw. Gesundheitspolizei. Die Reform des Bauwesens liegt nicht sowohl auf technischem als auf sozialpolitischem Gebiete als eine Aufgabe des Gesetzgebers. Besonders gilt es, dem Grund- und Boden- und Häuserwucher, welcher die Verwendung schlechten Materials, gesundheitsgefährlicher Anlagen zc. im Gefolge hat, zu beseitigen. Ist das geschehen und haben wir ein gutes Reichs-Bau- und Wohnungsgesetz, so wird die Technik nicht mehr gezwungen sein, dem Schwindel und der Gewissenlosigkeit der Spekulanten zu dienen.

Aber diese Reform als zu erwartendes Ergebnis des zünftlerischen Befähigungsnachweises darzustellen, das ist denn doch der denkbar tollste zünftlerische Humbug!

**Wirtschaftlich-soziale Rundschau.**

Für den achtundzwanzigen Normal-Arbeitsstag trat in seiner Antrittsrede der jüngst gewählte Rektor der Münchener Universität, der Professor der Medizin Niemann, ein. Er gab eine wissenschaftliche Ausführung über die Entwicklung des menschlichen Geistes und seiner Funktionen und empfahl bei gesteigeter, geistiger Thätig-

teit Erholung und Sportübungen für die Jugend und ausbreitenden Schlaf. Schließlich erklärte der neue Universitätsdirektor, daß vom medizinischen Standpunkt aus die Forderung der Reuigkeit: acht Stunden Arbeit, acht Stunden Erholung, acht Stunden Schlaf, nur zu billigen sei.

Wenn irgend ein Gelehrter glaubt, auf Grund seiner Studien einen Schluß ziehen zu müssen, der einer logikalischen Begründung entgegensteht, sind die kapitalistischen Mütter flugs bei der Hand, die Ergebnisse der Wissenschaft im weitesten Maße zu frustifizieren. Bei Fällen, wie der oben erwähnte, ist allerdings, über allen Wipfeln Ruh'. Interessant mögen übrigens die Mienen der zuhörenden Beamten und Stützen des heutigen Staates bei den Äußerungen des Professors gewesen sein.

**Wie viel beträgt die Invaliden- und Altersrente?** Auch über diese Frage haben wir schon mehrfach berichtet; häufig an uns gerichtete Anfragen veranlassen uns jedoch, noch einmal darauf zurückzukommen. Die Invalidenrente richtet sich nach der Lohnklasse und nach der Zahl der Beitragswochen. Wie ebenfalls früher schon bemerkt wurde, unterscheidet man vier Lohnklassen und jeber vom Beschäftigten gezahlte Wochenbeiträge gewährt: in der 1. Klasse 2 1/2 Rente, in der 2. Klasse 6 1/2, in der 3. Klasse 9 1/2 und in der 4. Klasse 13 1/2 Rente für das ganze Jahr. Dazu zählt das Reich einen Zuschuß von M. 50 und die Versicherungsanstalt zahlt einen Grundbetrag von M. 60. Demnach wird die Rente um so höher, je größer die Zahl der geleisteten Wochenbeiträge ist und je höher die Lohnklassen sind, nach welchen man versichert hat. Da man sich, wie früher ebenfalls schon erwähnt worden ist, nach Unternehmern mit dem Unternehmer in einer höheren Klasse versichern kann, als der Lohn eigentlich beträgt, so ist man auf diese Weise auch im Stande, die Rente zu steigern. Krankheitszeiten, welche länger als 7 Tage dauern und mit arbeitsfähige Dienstleistungen werden mit 6 1/2 also nach der 2. Lohnklasse berechnet. — Für die Altersrente gilt eine andere Berechnung: und zwar gewährt die 1. Lohnklasse 4 1/2 Rente, die 2. Klasse 6 1/2, die 3. Klasse 8 1/2 und die 4. Klasse 10 1/2 Rente.

Die Zahlen sind also hier etwas höher, dafür aber zählt hier nur das Reich einen Zuschuß von M. 50. Ferner ist gesetzlich festgesetzt, daß überhaupt nur 1410 Wochenbeiträge in Rechnung gebracht werden, sind mehr Beiträge entrichtet worden, so werden für die Berechnung die 1410 höchsten Beiträge in Ansatz gebracht. Die in Militärdienstzeiten ausgefallenen Beiträge übernimmt das Reich und zählt dafür die Rente. — Wer schon Invalidenrente erhält, bekommt eine Altersrente, die letztere wird aber den dazu berechtigten Personen gezahlt, auch wenn sie noch weiter arbeiten können. — Die Invalidenrente wird nach Bedarf, die Altersrente monatlich im Voraus durch die Postanstalt des Wohnortes in barerem Gelde ausgezahlt. Land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter kann die Rente bis zu zwei Dritteln in Naturalien, d. h. Lebensmitteln, Wohnung zc. gezahlt werden. Motorische Transportmittel erhalten kein Geld, sondern nur Naturalien.

**Ueber den Fortgang des Baues am Nord-Ostkanal** sind den Mitgliedern der Budgetkommission des Reichstags nähere Mitteilungen zugegangen. Bis zum 1. Oktober d. J. sind von den zu fördernden 77 Millionen Kubilmeter Erde nur 23 Millionen gefördert worden. Die Schiffsbauarbeiten an der Elbe und an der Dittze, sowie die Arbeiten und Lieferungen zum Bau einer festen Brücke bei Grünthal, welche bestimmt ist, die Westholländische Eisenbahn über den Kanal zu führen, sind vergeben worden. An dem Entwurf für die Schiffsbau- und Rendsburg zum Abschluß gegen die Elbe wird noch gearbeitet. Ebenso sind die Entwürfe für die zur Ueberführung der holländischen Marschbahn, der Schleswiger Eisenbahn und der Kiel-Holtenauer Eisenbahn bei Ratsappel, Rendsburg und Alt-Wittenbek anzulegenden Drehbrücken sowie der zweiten Drehbrücke bei Rendsburg für den Schiffsverkehr vom Süden nach in der Bearbeitung begriffen. Am 1. Oktober waren beim Kanalbau 7014 Arbeiter beschäftigt. Von denselben gehören 53 1/2 p. H. der evangelischen, 46 1/2 p. H. der katholischen Konfession an. In den Baracken der Kanalbauverwaltung waren davon untergebracht 3289 Arbeiter, darunter 178 Ausländer. Die in den Baracken wohnenden Arbeiter sind verpflichtet, an dem in den Baracken zubereiteten ersten Frühstück und dem Mittagessen Theil zu nehmen. Der Preis für das Nachtlager und die beiden bezeichneten Mahlzeiten beträgt gegenwärtig 20 Pfennige. Der Preis wird nicht von den Arbeitern, sondern von dem Unternehmer, bei welchem dieselben beschäftigt sind, eingezogen. Auch am Abend erhalten die Arbeiter in den Baracken auf Wunsch warmes Essen. Außerdem werden für sie in den Kantine Genuß- und Gebrauchsgegenstände der verschiedensten Art festgehalten. Eine Flasche Braubier (3 Liter) kostet in den Baracken 8 1/2, 0,3 Liter Lagerbier 9 1/2, 1 Liter gereinigter Brauwasser (35 p. H.) 80 1/2. Die Barackenverwaltung erhalten von dem Erlos für das Bier und den Brauwasser eine geringe Vergütung, müssen aber dafür für die nötige Hilfe zur Bedienung der Arbeiter sorgen und die Gefahr für das Verderben der Getränke, den Verlust an Flaschen zc. tragen. Aus den Erträgen der Barackenverwaltung werden die Selbstkosten der Herstellung der den Arbeitern gerichteten Mahlzeiten, die Selbstkosten der in den Baracken verbrauchten Heizungs- und Beleuchtungsmaterialien, die Einkaufspreise der an die Arbeiter in den Kantine abgegebenen Genuß- und Gebrauchsgegenstände und die Kosten der Reinigung der Hand- und Bettwäsche gedeckt. Ein geringer Ueberschuß wird für die Instandhaltung des Inventars ernannt.

**Ueber den großen Streik in Australien,** der jetzt beendet worden ist, wird von einem Arbeiter aus Melbourne erzählt:

Die Marineoffiziere waren schon drei Monate vor Anfang der Arbeitseinstellung verschiedene Male bei den Schiffsbauern wegen Gehaltserhöhung und Reduzierung der Arbeitszeit vorfällig geworden, wurden jedoch stets unter nichtsagenden Vorwänden abschlägig beschieden,

obgleich die Schiffsbauer anerkannten, daß die Steuerleute im Verhältnis zu ihrer Verantwortlichkeit und Dienstzeit nicht genügend bezahlt würden. Die Schiffsbauer hoben dieses Mißverhältnis einfach der scharfen Konkurrenz in die Schuhe, beläufig bemerkt, war diese Konkurrenz ihr eigenes Mangel: einige große Schiffsbauern beabsichtigten, eine Monopol zu errichten, durch welches die Schwächeren vernichtet werden sollten, und die jetzige Kalamität ist als das Resultat davon anzusehen. Die Steuerleute in ihrer Bedrängnis wandten sich behufs Unterstützung an den Tradeshall-Comit, welcher gemäß der Statuten die Aufnahme mußte. Es wurden betreffs einer Vereinbarung Verhandlungen mit den Schiffsbauern aufgenommen, doch ohne Erfolg. Nach Allen, was bis jetzt an's Tageslicht gedrungen ist, war der Streik schon lange geplant von Seiten der Arbeitgeber, denen die Trades-Unions ein Dorn im Auge und ein Hindernis ihrer Ausbeute waren. Im Anfangsstadium des Streiks warf sich die gesamte Presse mit einem wahren Feuersturm auf die Seite der Arbeitgeber. Alles schrie nach forswear labour (fremde Arbeit). Die Arbeitgeber, groß und klein, wurden zusammengekommen zur Formierung einer starken Union, die dem Andrange der Trades-Unions gewachsen wäre. Die Vereinigung ist ihnen gelungen, aber von dem, was sie zu erreichen suchten, bewirkten sie das Gegenteil. Jetzt kommt noch die Sozialdemokratie (das rothe Wespennest) in den Vordergrund und anstatt daß die Arbeitervereine erdrückt werden, bilden sich täglich neue.

Die Trades-Unions haben in diesem Kampfe viel gelernt und ist noch gar nicht aufgehoben, welche große Reformen vorgekommen werden, wenn der Streik vorüber ist. Bis jetzt hatten die Arbeiter noch keine eigene Presse, ihre einzige Verteidigungswaffe waren die öffentlichen Versammlungen, doch haben die Trades-Unions so viel eingelesen, daß zur Aufführung der Massen mehr gedruckt, als zeitweilige Zusammenkünfte und steht zu erwarten, daß binnen Kurzem die Arbeiterkraft Australiens ein eigenes Organ schafft, wo die Fragen der politischen Delonome diskutiert werden, und dann gute Nacht, ihr Herren Ausbeuter!

**Ueber eine beachtenswerthe Erscheinung,** die sich in der englischen Arbeiterbewegung zeigt, wird der Volk. Zig. aus London berichtet:

Es ist dies das theilweise Aufgeben der Achtung derjenigen Arbeiter, die keiner Arbeitervereinigung angehören, von Seiten der Gewerksvereine sowohl der alten wie besonders auch der neuen Schule. Und gerade dort, wo diese Achtung am nachdrücklichsten ausgeübt worden ist, hat sie am vollständigsten aufgegeben werden müssen, nämlich im Londoner Fabrikgebiet. Es ist das hauptsächlich eine Folge der Erstarrung, welche in weiten Arbeiterkreisen dadurch hervorgerufen wurde, daß der Gewerksverein die Dodarbeiter sich vor einiger Zeit gegen die Mitglieder seiner Mitgliederbewegung zu schließen. Einige sehnsüchtige Ausläufer in der Provinz kamen noch dazu, nur das mit dem Schiffsverkehr verknüpfte gemeinsame Unternehmertum zur Bedingung eines großen Unternehmerbundes zu ermutigen. Zwar haben sich dann die verschiedenen Arbeitervereinigungen des gesamten Hafen- und Schiffsahrtwesens ebenfalls zu einem gewaltigen Verbande zusammengethan, aber das hat nicht zu verhindern vermocht, daß zwischen Mitgliedern dieses Verbandes gewisse Grenz- oder Zustreitigkeiten ausbrechen, und daß insbesondere die Schiffsverleger, während des großen Fabrikarbeiterausstandes die theilweise, unorganisirten und werthvollsten Bundesgenossen der Dodarbeiter, in eine theilweise Segneschaft zu dem rücksichtslos sich abschließenden Dodarbeiter-Gewerksverein traten. Des Weiteren kam dazu, daß die von den Herren Tom Mann, Ben Tillett und M. G. Carthy mit eiserner Hand geführte Mannszucht sich mehr und mehr isolierte und die mächtige Dodarbeiterbewegung sich in eine Anzahl gelagerter Freischärlerbanden auflösen drohte. Diesen Stand der Dinge haben die Leiter der Verhandlungen der Dock dazu benutzt, die vor wenigen Wochen noch den ganzen Fabrikverkehr beeinflussende Machtstellung des Dodarvereins zu brechen, so daß dieser, weit entfernt davon, ein ausschließendes Vortrecht für sich zu beanspruchen, heute froh sein muß, wenn er bei dem gleichen Wettbewerb von freien Arbeitern mit seinen Mitgliedern überhaupt noch seine Lebensfähigkeit zu bewahren vermag. Dieses Beispiel hat, in Verbindung mit dem Mißerfolg des großen australischen Ausstandes, auf die Gewerkschaftsmitglieder aller Richtungen einen nachhaltigen Eindruck gemacht. Man hat gelernt, die Nichtunionmitglieder nicht mehr als „Ratten“ und „Schufte“ zu verachten und zu verfolgen, sondern in denselben gleichberechtigte Brüder und Arbeitsgenossen zu sehen, mit denen man sich im gemeinsamen Interesse zu verständigen sucht.

**Etwas für die christlichen Kapitalisten und die Antisemiten.** In der „Saalezeitung“ lesen wir ein Eingekannt, welches sich mit der Behauptung der Antisemiten, das Judenthum verfühle das Darunterliegenden des Handwerks, beschäftigt. Es heißt da:

Es giebt Klassen von Handwertern, welche von christlichen Landbesitzern schwer bedrückt werden, und es ist sehr bedauerlich, daß man diesen Gesichtspunkt in der vorgelegten Versammlung nicht im mindesten zur Geltung gebracht hat. Wir meinen die zahlreichen Bauhandwerker, wie Schlosser, Tischler, Glaser, Klempner, Maler zc., welche die inneren Arbeiten zu Neubauten liefern und die oftmals von den betreffenden Baupateulanten bezu. Baugeldverleihern in geradezu gewissenloser Weise ausgebeutet werden; und diese Herren gehören zu diese Leute es anfangen, die Bauhandwerker zu hinterlassen und wie lieber nach der heutigen Gesetzgebung man sich in freieren der Bauhandwerker umhören wollte, gegen die Juden weniger zu hören, als von einer großen so manche Bauhandwerkerfamilie schon in's Unglück gerätzt haben. Ferner bestreue man leistungsfähige und betriebigerer Vantentente stärker; die zahlreichen Vante-

zotte in der jetzigen Zeit sind ohne Zweifel hauptsächlich eine Folge der gelinden Gesetzgebung. Ebenso sollte die Führung von Geschäften unter dem Namen der Frau, sowie überhaupt unter fremdem Namen erschwert werden. Schaffe man strengere Gesetze, mit welchen man den Bankrottirenden nachdrücklich zu Leibe gehen kann, dann wird auch das gesammte Geschäftsleben wieder gesunder werden. Ebenso muß, wenn der kleine Bauhandwerkerstand nicht völlig zu Grunde gehen soll, dem oben erwähnten Treiben von Spekulanten mittelst der Gesetzgebung entgegengetreten werden.

Ja, es ist geradezu Tollheit, einen Unterschied zwischen „jüdischer“ und „christlicher“ Ausbeutung machen zu wollen. Insbesondere auf die Ausbeutung der Lohnarbeit verstehen sich die „christlichen“ Unternehmern, welche doch die Masse bilden, mindestens so gut wie ihre jüdischen Kollegen.

**Ueber den Achtstundentag in England** befindet sich im „Deutschen Wochenblatt“ ein bemerkenswerther Artikel von Lujjo Brentano, dem wir folgende Stelle entnehmen:

Wie oft tritt nicht Jedem vor uns im Gespräch die Bemerkung entgegen: es wäre ein wahres Unglück, wenn die Arbeiter nur acht Stunden zu arbeiten bräuchten, sie würden den Rest der Zeit nur verlaufen. In diesem Stadium der Argumentation ist ein Schritt nur England gewesen; der großartige sittliche und geistige Fortschritt, welcher Hand in Hand mit der allmählichen Kürzung des Arbeitstages die auf die Hebung der Arbeiterklasse gerichteten Bemühungen begleitet hat, hat solche Argumente zum Schweigen gebracht. Nicht als ob die große Mehrzahl der Gebildeten Englands nicht noch heute ein Gegner des geistlichen Achtstundentages wäre! Aber man lese die Verhandlungen der British Association zu Leeds am 5. September dieses Jahres. Da war Keiner unter den Gegnern, vom Vornehmsten bis zum Geringsten, der nicht die Beschränkung des Arbeitstages auf acht Stunden als an sich äußerst erstrebenswerth hinstellte; man dissentirte nur rücksichtlich der Möglichkeit und der Mittel, die zur Erreichung dieses Zieles zur Anwendung kommen sollten. Hierdurch hat die Diskussion der Frage in England den geistlichen Charakter, der ihr in Deutschland anhaftet, verloren. Es handelt sich dort um keine phantastische Forderung, wie wenn der Arbeitstag plötzlich von 12 oder 11 auf 8 Stunden herabgesetzt werden sollte, sondern um die praktische höchst diskutierbare Frage, ob 9 oder 8 Stunden; und indem man darüber einig ist, daß der Achtstundentag etwas sehr Wünschenswertes sein würde, kreuzt man lebhaft darüber, ob man ihn durch Gesetz zwangsmaßig einführen oder es den Gewerksvereinen überlassen soll, ihn nach Möglichkeit durchzusetzen. Democh sind zweierlei Gesichtspunkte, von denen auch in England der Achtstundentag befürwortet wird, wohl auseinander zu fassen. Die Einen treten für ihn ein lediglich im Interesse des physischen, sittlichen und geistigen Wohles der Arbeiterklasse, die Anderen sehen außerdem darin das Mittel zur Beseitigung der Beschäftigungslosigkeiten.

**Aus der Partei.**

Das „Berliner Volksblatt“ vom 20. Dezember d. J. enthält folgende Mittheilung:

Die vom Haller Parteitag dem Parteivorstande zur Erledigung überobene Angelegenheit Frohme contra Kessler konnte nicht zum Austrag gebracht werden, da Frohme in letzter Stunde eine schiedsgerichtliche Entscheidung ablehnte.

Das „Hamburger Echo“ bemerkt dazu: „Damit hat es seine Richtigkeit. Doch die es weitere Kreise interessieren, zu erfahren, welche Anbe den Genossen Frohme dabei geleistet haben. Derselbe wurde bekanntlich in seiner Eigenschaft als Mitarbeiter des Fachorgans der Maurer Deutschlands, des „Grundstein“, von dem Regierungsbaumeister A. D. Kessler in dessen „Vereinsblatt“ in einer unerhörten Weise angegriffen und mit Schmähungen überhäuft. Anlaß dazu boten dem Kessler mehrere im „Grundstein“ erschienene Artikel, in denen ungerechtfertigte Angriffe jenes Herrn auf die Geschäftsleitung der Maurer Deutschlands, die Kongresse, welche entscheidende Stellung gegen ihn genommen und auf die Redaktion des „Grundstein“ zur Ausführung waren und seine öfter öffentlich kritisierte Handlungsweise abermals dargelegt und beleuchtet wurde. Alle die Thatsachen, um die sich's dabei handelt, waren längst bekannt.

Da brach Kessler einen Streit gegen Frohme vom Jahr, indem er diesen als Urheber der gegen ihn gerichteten Beschuldigungen hinstellen versuchte und ihn, wie bemerkt, mit Schmähungen überhäufte.

Die Geschäftsleitung der Maurer Deutschlands und die Redaktion des „Grundstein“ erklärten alsbald öffentlich, daß die Person des Herrn Frohme in dem Streit mit Kessler gar nicht in Betracht komme und ihn die Verantwortung für die darin mitgetheilten Thatsachen betreffe mehrere Maurerkongresse durchaus zu Ungunsten Kesslers entschieden hätten. Der Fraktionsvorstand und die Fraktion lehnten es damals ab, sich mit der Angelegenheit zu befassen, weil man Kessler als Parteigenossen nicht kennen und es sich übrigens um eine gewerkschaftliche Angelegenheit handle.

Frohme beabsichtigte nun, auf dem Parteikongress in Halle die Angelegenheit zur Sprache zu bringen, um dem Herrn das Handwert ein für alle Mal gründlich zu legen. Die Zeugen gegen denselben waren mit dem ganzen Beweismaterial drei Tage hindurch am Plage. Aber bei der Ueberhäufung des Kongresses mit Geschäften erwies sich die Absicht als unüberführbar. Die Angelegenheit wurde dem Parteivorstande zur Erledigung überwiesen. Diejenige die Redaktion des „Grundstein“ abermals die Erklärung ab, die sie früher schon veröffentlicht hatte, und sie nannte dabei den wirklichen Verfasser der Artikel. Oder vielmehr: Dieser nannte sich selbst. In unterzogen also gab es nichts mehr; ein Schiedsgericht war völlig überflüssig, zumal unter Hinzuziehung von zwei Beisitzern

jedenfalls. In dem gewerkschaftlichen Streit zwischen den Maurern, dessen Mittelpunkt Krefeld bildet, haben die gewerkschaftlichen Kongresse ihr Urtheil abgegeben. Und das geht dahin, daß diesem Manne die Anerkennung zu versagen sei und die Maurer Deutschlands nichts mit ihm gemein haben. Ueber diesen Streit hat also ein Schiedsgericht nichts zu entscheiden. Bleiben die persönlichen Angriffe Krefelds auf Frohme. Die aber sind vom diesjährigen Gewerkschaftskongress der Maurer schon gebührend be- und verurtheilt worden. Es bedürfte also einer schiebsgerichtlichen Entscheidung darüber ebenfalls nicht, umsoweniger, als der Parteivorstand die Beweise dafür in Händen hatte, daß die betreffenden Artikel gar nicht auf Rechnung Frohmes formen.

Unter diesen Umständen war es ganz korrekt gehandelt von Frohme, auf eine schiebsgerichtliche Entscheidung zu verzichten. Nach seiner wohl begründeten Ansicht hat er den Streit gegen ihn persönlich nur deshalb vom Zaun gebrochen, um seiner verlorenen Sache nochmals hinsichtlich einer kleinen „Aufschwung“ zu geben. Und es ist für Jeden, der mit der ganzen Angelegenheit genauer vertraut ist, sehr begreiflich, daß Frohme es nicht über sich gewinnen konnte, Herrn K. zu der unbedienten Ehre zu verurtheilen, mit ihm gemeinsam vor einem parteiigen Schiedsgericht zu stehen.

Warnung.

Der Krieg in Argentinien, welcher bekanntlich die nächste Veranlassung zu dem Falle des englischen Welthauses Waring Brothers gab, hat auf die dortige Bourgeoisie nach einer Richtung hin befehlend gewirkt: er hat ihr nämlich die Erkenntnis beigebracht, daß die Arbeit es ist, welche alle Vertheilung — ganz wie die Sozialdemokraten es lehren — und da die Herren Bourgeois selber nicht gern arbeiten, so sind sie auf den Gedanken verfallen, sich Arbeitsträfte von Außen en masse oder en gros zu beschaffen, mit anderen Worten, das Geschäft des Arbeiters im ports, welches in den letzten Jahren etwas zurückgegangen war, mit allen Mitteln der Reklame und des Schwindels wieder in Schwung zu bringen und im größten Maßstabe zu organisieren.

Die europäischen Arbeiter und insbesondere die deutschen, seien hiermit gewarnt! Die Werbetrommel wird bald gerührt, und es werden mächtige Anstrengungen gemacht werden, um unter Ausnützung der ekleiden Arbeitsverhältnisse in Europa, durch das Vorkauf von dienender Wägen und sonstige Vorteile europäische Arbeiter in's Netz zu locken.

Also Arbeiter, seid auf der Hut! — Aber auch unsere „Reichen“ Kapitalisten mögen auf der Hut sein! Denn die argentinischen Bankrottstürme sind auf den Gedanken verfallen, den deutschen Michel zum Opfer ihrer nächsten Selbstpekulation zu machen. In England und Frankreich bekommen sie nichts mehr — bleibt nur noch Deutschland, die fromme Kinderstube deren Finanzherren ja vor wenigen Jahren so gütlich waren, dem bankrotten Kapital aus der Baische zu helfen. Genug — vor Seelenverkäufern und Taschendiebern wird gewarnt.

Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Zur Lage in Baugewerbe bringt die „Baugewerks-Zeitung“ einen Artikel, der sich selbstverständlich in erster Linie mit den Arbeitseinstellungen beschäftigt. Es heißt da:

Als wir im Jahre 1889 rückblickend den Kampf des Jahres zusammenfassen, müssen wir es aussprechen, daß Arbeitseinstellungen in so großer Zahl und solchem Umfange bisher noch nicht vorgekommen seien. Die Arbeitseinstellungen des Jahres 1890 sind nun zwar kaum geringer als im Vorjahre gewesen, aber sie haben für die Arbeiter weit unglücklichere Resultate gehabt. Schon im frühesten Frühjahr, als kaum das Bauen begonnen hatte, hörte man überall von Arbeitseinstellungen und von hochgepannten, zum Theil unerfüllbaren Forderungen, welche die Arbeiter als Bedingung für die Wiederaufnahme ihrer Thätigkeit stellten. Durch die Arbeitseinstellungen von 1889 waren sie vernichtet.

Die „Baugewerks-Ztg.“ sagt und fälscht da wieder mal. Die Arbeiter der Baugewerke sind weit davon entfernt gewesen, im Beginn dieses Jahres mit „hochgepannten“ Erwartungen sich zu tragen; ihnen war der Niedergang der baugewerblichen Konjunktur kein Geheimnis; nirgends in Deutschland haben sie mit der Absicht der Arbeitseinstellung sich getragen. Wo solche ausbrachen, da waren sie von den Unternehmern in rücksichtslosster Weise provokziert. Die isolierten Unternehmer wollten die schlechte Lage im Baugewerbe, den Ueberfluß an Arbeitsträften dazu benutzen, die Löhne zu drücken, überhaupt die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern und die Koalition der Arbeiter zu sprengen, um dieselben ganz ihrer Willkür unterwerfen zu können. Dem isolierten Unternehmertum gegenüber, befanden die Arbeiter sich im Vertheidigungskampfe. Was die „Baugewerks-Ztg.“ als „Arbeitseinstellungen“ bezeichnet, das waren mit wenigen Ausnahmen von der Unternehmerkoalition in Szene gesetzte soziale Arbeitsausperrungen!

Das Meisterergo gen fährt fort: Sankten sie (nämlich die Arbeiter) auch nur in Ausnahmefällen abgesetzt (es ist vom Jahr 1889 die Rede), so waren die Folgen für die Arbeitgeber doch fast ausnahmslos verhängnisvoll. Durch die Ueberfülle von Arbeit und den allgemeinen Mangel an Arbeitsträften fliegen die Löhne selbst nach mäßigem Streiks und die Verdienstszeit fast an vielen Orten in ungeduldriger Weise. Und was das Schlimmste der Arbeitgeber verlor mehr und mehr die Verfügung über seine Arbeiter (1), welche täglich unwilliger wurden. Der Winter 1889/90 war erfüllt von Arbeiterverfammlungen, die sich ausschließlich mit Arbeitseinstellungen und der bevorstehenden großen Meißeler be-

faßten. Aber wer den Bogen zu früh oder zu sparr spannt, dem bricht er. Die Arbeitseinstellungen des letzten Frühjahrs fielen fast sämtlich in's Wasser und die geplante internationale Meißeler erst recht (1). Aus der letzteren haben sich dann in diesem Sommer zwar auch manche Ausstände, besonders die großen Maurerausstände in Hamburg und Stettin, entwickelt, aber auch diese waren ohne Erfolg für die Arbeiter, weil nicht nur die Arbeitgeber, sondern auch die Behörden und das Publikum die Gefahr erkannt hatten, welche ihnen durch die internationale im Sommer 1889 zu Paris gezeitigte Kraftprobe drohte. Wäre die Meißeler gegliedert, so hätte man damit den Beweis erbracht, daß die deutsche Arbeit hinsichtlich von internationalen sozialdemokratischen bzw. anarchischen Beschüssen abhängig sei. Seit dem Mai ist nun eine lebhaftere Bewegung unter den Arbeitgebern der Baugewerbe merklich geworden. Der Kampf gegen die Fachvereine entbrannte überall, indem viele Arbeitgebervereine es sich zur Aufgabe stellten, nur solche Arbeiter zu beschäftigen, welche einem Fachverein nicht angehören. Und daran thun sie recht. (1) In den Fachvereinen wird die Zwietracht zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer groß gezogen, die zarte Saat des gegenseitigen Vertrauens, welche hier und da aufgeht, dort wird sie geerntet. Nur keine Vereinigung, keine Annäherung zwischen den streitenden Parteien, das ist in den Fachvereinen die Parole. Nun mögen die Arbeitgeber die stille Zeit des Winters dazu benutzen, Vereinigungen in's Leben zu rufen. Und wir rathen ihnen zu möglichstem Eifer. Sie mögen nicht denken, jetzt ist es still und im nächsten Jahre wird es auch so sein. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß im nächsten Frühjahr große Kämpfe bevorstehen. In den sozialdemokratischen Werkstätten wird mehr als je gearbeitet und immer größere Mittel werden jenen Bestrebungen zu Verfügung, wozu nicht am wenigsten, das nicht man anerkennen, die Opferfreudigkeit der Arbeiter selbst beiträgt. Mögen die Arbeitgeber sich wenigstens daran ein Beispiel nehmen und in der jetzigen Zeit des scheinbaren Friedens für den Kampf rüsten. Wir können versichern, daß in baldiger Zeit alle Arbeitgeber des Baugewerbes die Aufforderung zur Vereinigung an der Hand von Statutenentwürfen herantreten wird. Da mag Jeder bedenken; daß die Arbeiter vereinigt sind, wir aber nicht. Und nur, wenn zwei ebenbürtige Mächte sich gegenüberstellen, können sie Frieden schließen. Mit schwachen Kräften verhandelt Niemand, sondern diktiert ihnen nur die Bedingungen. Also bereits für's nächste Jahr wieder wird der Kampf gegen die Fachvereine proklamiert. Wir antworten darauf mit der Parole: Kampf der Arbeiter gegen die Unternehmerkoalition. Darauf darf die „Baugew.-Ztg.“ sich verlassen, daß auch die Arbeiter den Winter über ihre Kampforganisation ausbilden und stärken werden.

Am 20. Dezember erschien in Hamburg im Verlage von Jensen & Komp. die Probenummer der Zeitschrift

„Die Arbeiterin“, Zeitschrift für die Interessen der Frauen und Mäddchen des arbeitenden Volkes. Organ aller auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Vereinigungen der Arbeiterinnen. Die Redaktion (Frau E. Jherin in Belten) schließt den in der Probenummer enthaltenen Aufsatz mit den Worten:

„In den Frauen und Mäddchen für die diese Zeitung in's Leben tritt, wird es nun liegen, selbst energisch für dieselbe einzutreten, dieselbe so viel als möglich zu verbreiten und auch fleißige Mitarbeiterinnen dafür zu sein, damit wir bald durch eine stattliche Anzahl Abonnentinnen die Berechtigung und Nothwendigkeit unserer Zeitung nachweisen können.“

„Arbeiterinnen, werbet für eure Zeitung, es gilt dem Kampf gegen die Sklaverei der Frauen!“ Für die weitere Folge haben wir uns um die Mitarbeiter der bekannten Schriftstellerinnen

Frau E. Jherin in Paris, Frau C. J. Bettin in Paris, Marg. Aveling in London, Kautsky, Guillaume Schad beworben und erwarten wir bereits für nächste Nummer einen Beitrag zu erhalten.

Wir werden den Leserinnen auch Unterhaltendes bieten, indem wir auch Romane und Novellen bringen, die unseren Anschauungen entsprechen und zugleich Belehrung bieten. Auch für die Küche und Hauswirtschaft werden wir in Zukunft Interessantes und Wissenswertes bringen und überhaupt den Mäddchen der Leserinnen nach allen Richtungen nach Möglichkeit Rechnung tragen.

Wir begrüßen die neue Mitstreiterin im Kampfe für die Emanzipation des arbeitenden Volkes auf das Herzlichste.

Beachtenswerthe Zahlen und Urtheile über Streiks

bietet der fälschlich erscheinende siebente Jahresbericht des arbeitsstatistischen Bureau des Staates New-York.

Die wichtige Frage der Ausstände, Ausperrungen und Boykotts wird darin sehr eingehend behandelt, und es ist befremdend, zu sehen, mit welcher Sachlichkeit und Nähe ein amtlicher Vertreter der „dollarjagenden“ Nation über die Arbeiterbewegung urtheilt, während im Lande der Dichter und Denker“ Deutschfreisinnige, Volksparteiler, Konservative und Nationalliberale mit Wutgen und anderen lieblichen Dingen die soziale Frage behandeln.

Herr Bed, der Kommissar des Bureau, theilt in U. eine Uebersicht der in dem letzten Jahr im Staate New-York stattgefundenen Streiks mit, die sehr lehrreich ist. Die Gesamtzahl betrug von 1885—1890: 9384. Von diesen waren 5866 oder 62,5 pZt. erfolglos, während 3468 oder 36,9 pZt. erfolglos, 50 beim Abblusse

der Ermittlungen noch unentschieden waren. Die nachstehende Tabelle giebt die Ergebnisse nach Jahren:

Table with 6 columns: Jahr, Zahl der Streiks, Zahl der Streikenden, Erfolgreiche Streiks, Beteiligte oder theilw. erfolgr. Streiks, Erfolgreiche Streiks. Rows for years 1885-1889 and a total (Ca.).

Ueber 41 pZt. aller Arbeitseinstellungen, nämlich 3888, wurden zur Erhöhung der Löhne oder gegen Lohnherabsetzungen inszeniert; 70 pZt. von diesen 3888 sind glücklich, 1128 oder 29 pZt. schlugen fehl. Wegen der Frage des Arbeitstages wurden 1432 Arbeitsleistungen in allgemeiner Streik verweigert, set es; daß für eine Befürzung der Arbeitszeit oder gegen ihre Herabsetzung gestritten wurde. Davon waren 1175 oder rund 82 pZt. erfolglos, 157 oder 17 pZt. mißglücken.

Diese Resultate zeigen, was eine gute, festgegliederte Organisation unter dem Schutze volksthümlicher politischer Einrichtungen zu leisten vermag. Die Bedeutung großer, zentralisierter Gewerkschaften, die für Verbesserung des Arbeiterlooses die geschlossenen Bataillone der organisierten Proletarier aufstellen können, die darauf zu rechnen vermögen, daß das hochentwickelte Solidaritätsgefühl die Mithgalt für thatkräftige Unterstützung seitens der Klassengenossen bietet, ist nicht zu bestreiten. Und die deutschen Arbeiter wissen, weshalb sie, ohne irgend weitere grundrüttelnde Programmforderungen auch nur in einem Uebelthun aufzugeben, energisch die Forderung harter, schlagfertiger Fachvereine, die Konzentration der Kräfte, die gewerkschaftliche Agitation in die Hand genommen haben.

Wie hoch und mächtig die Ausreden sind, hinter welche das Unternehmertum und die in seinem Schlepptau befindliche Bureaucratie ihren Widerwillen gegen soziale Reformen verbirgt, geht recht klar aus den Angaben Bed's hervor. Er sagt: „Das Streiks, die Erhöhung der Lohnsätze, die Verkürzung der Arbeitszeit, die Forderungen der Arbeiter auch nicht einen Schatten von Ungewißheit und Unsicherheit auf die Geldmänner und Unternehmer geworfen haben, wird zwingend durch die vom Baudepartement geführten Listen bewiesen. Man bedenke, daß die Baugewerbe die vollkommensten Arbeiterorganisationen besitzen; sie unterstützen einander, und obwohl jedes Gewert seine anerkannte Unabhängigkeit behauptet, gehen sie wie ein Mann vor, wenn gemeinsame Interessen auf dem Spiele stehen. Die Aktien des Baubureau's der Stadt New-York weisen einen stetigen Fortschritt des Baugeschäfts und die Fortdauer des öffentlichen Vertrauens auf: die feste Grundlage des Gewerbes aus. Es stellen die gewählten Bautionen folgende Werthe dar: Im Jahre 1885: 45 Millionen Dollars (1 Dollar gleich M. 4.33), 1886: 50 Millionen Dollars, 1887: 67 Millionen Dollars, 1888: 47 Millionen Dollars, 1889: 69 500 000 Dollars. Derselbe allgemeine Erscheinung ist in anderen städtischen Gemeinden des Staates zu beobachten, und man kann ruhig glauben, daß die Furcht vor kurzer Arbeitszeit oder hohen Löhnen dem Kapital keine schlaflösen Nächte bereitet.“

Beachtenswerth für unsere Kontraktbruchsträflichen, von der „Buchtlosigkeit“ der Arbeiter redenben Reaktionsäre mag auch folgende Ausführung einer staatlichen Behörde — jenseits des Weltmeeres sein: „Es herrscht bisweilen die Vorstellung, auch bei Deuten, die besser unterrichtet sein sollten, daß ein Streik... eine Kundgebung eher des Lebensmittels, als ein prinzipieller Akt sei. Diese Auffassung ist durchaus irrig. Während der einzelne Arbeiter jeder Zeit die Arbeit aus einem persönlichen Grunde verlassen kann, ist die Arbeitseinstellung als verabredete Handlung der Gegenwart ernsthafter Erwägung; wird er ohne Erlaubnis der Gewerkschaftsleitung in's Werk gesetzt, so verlieren die Streiker ihre Rechte und Privilegien und werden thatsächlich zu Nichtgewerkschaftlern.“

Die stitliche Entrüstung über die unzufriedenen Arbeiter, die angeblich bei jeder Gelegenheit den Rauf vom Zaun brechen, die stets das „Karniel“ sein sollen, das angefangen hat, ist eines der bestektesten Mittel unserer Bourgeoispreffe, um den Willkür der Bernerlichkeit von Arbeiterausständen so recht plausibel zu machen. Die letzten Sitzungen der Arbeiterjugend-Kommission haben unseren Vertretern Gelegenheit gegeben, die Kapitalisten als Mitschüler von Streiks in mehr als einem Falle zu kennzeichnen. Unsere amtliche Quelle weiß auch darüber zu berichten. Herr Bed stellt fest, daß die Unternehmer Streiks provozieren, um mit ihnen durch Ueberproduktion bis an den Giebel gefüllten Lagern bequem räumen zu können, oder aber sie wollen eine sonst kritische Periode wohlfeil durchmachen und zwingen zum Streik. Gründe sind in so mooslich wie Bomben, und eine heilige Geldadresse kolportiert diese Gründe, mit vielem Fleiß und heiligem Eifer. Wenn die Baugewerbestanden im Süden der Union ihre unverfälschte Waare los werden wollen — es handelt sich um dunkle Zigaretten —, so zeigen sie, wie Bed mittheilt, die Arbeiter durch Cigaretten und Abgelenken zum Kampf, führen absichtlich eine Produktionsstodung herbei, regulieren so in ihrem Interesse die Nachfrage und die Zufuhr, können ihre Zigaretten werden, und die Arbeiter haben bewiesen beim Streik gedurft und gelitten. Das ist Moral vom Standpunkt des Kapitalismus aus.

Wie der Krieg das letzte Argument der Könige oder eines unterdrückten Volkes, so ist der Streik das letzte Argument der Arbeiterklasse,“ sagt Bed. Und wir können nur wünschen, daß die heutigen Fabrikpfeifen ein wenig vom Hauch dieses freien, frischen Geistes, der

im Lande der „Dollarkräger“ weit, verspürten, daß die Sozialreform von Oben mit den modernen Gedanken erfüllt werde, wie sie drüben ein staatlicher Bericht offen kundtue.

### Der Gewerkschaftsprozess in Magdeburg

Ist während der Tage vom 15. bis 17. d. Mts. vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts verhandelt worden.

Wie in Berlin und anderen großen Städten, so sind feinerzeit auch in Magdeburg die verschiedenen Fachvereine miteinander in Verbindung getreten, um durch die Schaffung einer sogenannten General- oder Kontrollkommission eine gewisse Einheitlichkeit in die gewerkschaftliche Bewegung zu bringen. Vor allen Dingen sollte es die Aufgabe der Generalkommission sein, zu verhindern, daß unüberlegter Weise Streiks inszeniert würden, welche von vornherein keine Aussicht auf Erfolg hätten oder unter Umständen sogar geeignet wären, die Interessen der Fachvereinsmitglieder und der Arbeiterschaft überhaupt zu schädigen. Man hoffte, daß auf diese Weise eine Zerstückelung der Kräfte vermieden würde und daß durch ein solches Vorgehen der organisierten Arbeiterschaft die Interessen der Arbeiter wirksamer wahrzunehmen werden könnten, als es bis dahin der Fall gewesen, wo die Fachvereinsbewegung der verschiedenen Gewerke durch feinerlet organisatorisches Band zusammengeschlossen wurde, sondern jeder einzelne Verein sich völlig selbst überlassen war. Eine solche Zusammenfassung aller Kräfte konnte, falls sie unter sorgfältiger Beobachtung der einschlägigen Gesetzesbestimmungen durchgeführt werden, der gesamt Arbeiterbewegung große Nutzen bringen, ihr sogar unter Umständen neue Grenzen verleihen, auf alle Fälle aber mußte die Widerstandschaft der Arbeiterorganisationen dadurch eine bedeutende Kräftigung erfahren.

Die Magdeburger Staatsanwaltschaft gelangte zu der Auffassung, daß die Wahl einer aus Delegierten der verschiedenen Fachvereine zusammengesetzten Kontrollkommission gegen den Geist und den Wortlaut der bestehenden Gesetze verstoße, indem sie ein „Zwischenbindungsrecht“ politischer Vereine bedeute, welches durch die §§ 8 und 1 des preussischen Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 bei Strafandrohung verboten ist. Die Staatsanwaltschaft ging, dabei von der Ansicht aus, daß die Fachvereine politische Vereine seien.

Auf der Antlagebank erschienen 49 Personen als Vorbesitzer von 15 Fachvereinen, welche als „politische Vereine“ miteinander in Verbindung getreten sein sollten. Zum Beweis dafür, daß die Fachvereine wirklich „politische Vereine“ seien, machte die Staatsanwaltschaft geltend, daß in den Vereinsversammlungen, sowie in öffentlichen Volksversammlungen, welche angeblich zur erweiterten Vereinsversammlungen waren, häufig politische Thematika erörtert worden seien. Insbesondere soll aus Verzierungen, welche der Regierungsbaumeister A. D. S. L. in mehreren hiesigen Versammlungen anlässlich in seinen Vorträgen gehalten hat, deutlich hervorgehen, daß politische Bestrebungen in den Fachvereinen an der Tagesordnung waren.

Die Beweisaufnahme, welche die ersten beiden Sitzungen und auch noch einen Teil der dritten in Anspruch nahm, bot nichts Neues; sie drehte sich um die alten bekannten Auffassungen, wonach der politische Charakter der Fachvereine ganz unzweifelhaft sei. Die Staatsanwaltschaft berief sich zum Beweise dafür u. A. auf die bekannten Erklärungen des Regierungsbauamteisters A. D. S. L., daß die Fachvereine Politik treiben müßten.

Derselbe wurde auch als Zeuge vernommen und erklärte, daß ihm bald nachdem er sich in Magdeburg niedergelassen, von einzelnen Genossen der Wunsch geäußert worden sei, eine sogenannte Generalkommission in's Leben zu rufen. Man habe sich an ihn gewandt, weil er sich schon früher für Gründung solcher Zentralkomitees ausgesprochen habe. Es sei ihm der politische Charakter dieser Generalkommission sofort klar gewesen (!!) und da nach seinem Wunsch auch die Fachvereine politisch sein sollten und die meisten derselben auch politische Vereine seien (!!), so habe er von Anfang an davor gewarnt, den § 8 des Vereinsgesetzes zu übertreten, indem die Kommission in Verbindung mit den Fachvereinen tritt. Dennoch habe er das Bestehen und Wirken einer solchen Kommission nach dem Vereinsgesetz für möglich gehalten; er habe vorgeschlagen, die Delegierten zur Kommission in öffentlichen Versammlungen zu wählen; es habe ihm dabei fern gelegen, das Gesetz zu umgehen, im Gegenteil, er wolle gerade auf dem Boden des bestehenden Gesetzes stehen bleiben. Zweck der Kommission hätte nach seiner Meinung sein sollen, die Verhinderung unnötiger Ausschüsse, die Regelung des Versammlungswesens, Einwirkung auf die Kommunalverwaltung durch Petitionen und Resolutionen, überhaupt das Eingreifen von Maßregeln, welche dem Wohle der arbeitenden Klassen förderlich sein konnten.

Der Gerichtshof hat sich den Ausführungen der Staatsanwaltschaft im Prinzip angeschlossen und hat in dem Urtheil der meisten Angeklagten eine Uebersetzung des § 8 des Vereinsgesetzes erlöst. Bezüglich des Strafmaßes ist jedoch das Gericht bedeutend unter das von der Staatsanwaltschaft beantragte heruntergegangen. Von den 49 Angeklagten sind 15 freigesprochen worden, weil ihnen eine Mitwirkung beim Zusammenbinden nicht nachgewiesen werden konnte. 32 Angeklagte sind mit Geldstrafen von M. 100—150 belegt worden, mit Geldstrafen und zwar solche von zweiwöchentlichem Dauer haben nur die beiden Vorbesitzer der Generalkommission, die Angeklagten Schulze und Schöck erlitten. Außerdem sind 14 von den in Frage kommenden Fachvereinen geschlossen worden. Nur die Vereine der Formschneider, Formner und Elbstromarbeiter-Blieben bestehen.

\* In den gewerkschaftlichen Prozessen der letzten Zeit ist von einigen Seiten wieder einmal eine große Unkenntnis über höchst wichtige Auslassungen der Rechtsprechung, betreffend die Grenzen des Koalitionsrechtes der Arbeiter, offenbar geworden. Wenn z. B. jemand

es als eine nichtpolitische Thätigkeit einer Arbeiterorganisation bezeichnet, daß dieselbe eine Einwirkung auf Gesetzgebung und Verwaltung durch Petitionen und Resolutionen bezweckt, so beweist er damit, daß er ein seit drei Jahren (speziell in der Arbeiterpresse lebhaft besprochenes) Urtheil des Reichsgerichtes nicht kennt, oder aus gewissen Gründen ignoriert. Es dieses das gegen den Altonaer Fachverein der Tischler ergangene Reichsgerichtsurtheil. In diesem Urtheile heißt es wörtlich:

„Unter „politischen Gegenständen“ wird man alle Angelegenheiten zu verstehen haben, welche Verfassung, Verwaltung, Gesetzgebung des Staates, die staatsbürgerlichen Rechte der Unterthanen und die internationalen Beziehungen der Staaten zueinander in sich begreifen. Der § 152 der Gewerbeordnung hat es absolut nicht mit irgend welchen Gegenständen allgemein politischer Natur, sondern ausschließlich mit den konkreten Arbeitsverträgen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, mit den unmittelbar durch diese Verträge geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen, mit dem Genuß und Kampf der sozialökonomischen Interessen unmittelbar um diese Bedingungen zu thun. Dem Altonaer Fachverein der Tischler hand es hier nach vollkommen frei, sowohl selbstständig durch Arbeits-einstellungen und sonstige erlaubte Pressionsmittel unmittelbar auf Verbesserung der Löhne im Tischlergewerbe zc. hinzuwirken, als auch zu gleichen konkreten wirtschaftlichen Zwecken sich mit anderen Vereinen zu koaliren. Dem Beschwerdebefürworter der Gebante vorzuschreiben, daß Alles, was politisch oder wirtschaftlich irgendwie in inneren Zusammenhang gebracht werden kann mit der sozialen Lage der Lohnarbeitenden Klassen, Alles, was in Gesetzgebung, Verwaltung und Verwirklichung der materiellen wirtschaftlichen Verhältnisse des Arbeiterstandes, insbesondere die Lohnverhältnisse desselben, aufzubessern, als beispielsweise die gesammte neuere sozialpolitische Gesetzgebung Deutschlands, Kranken-, Unfallversicherung, Invalidenversorgung und was sich an sonstigen Forderungen daran anknüpft (erweiterter Arbeitsschutz, Normalarbeitszeit zc.), von § 152 der Gewerbeordnung betroffen wird. Das Verbot dieses Gebantes liegt auf der Hand. Sobald irgend welche gewerbliche Koalitionen den Zweck der Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen das Gebiet des gewerblichen Lebens mit seinen konkreten Interessen betreffen, sobald sie sich hinübergreifen in das staatliche Gebiet, sobald sie die Organe und die Thätigkeit des Staats für sich in Anspruch nehmen, hören sie auf, gewerbliche Koalitionen zu sein und wandeln sich in politische Vereine um, die als solche den Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes unterliegen. Nicht lediglich die allgemeine Tendenz und das letzte Ziel, sondern zugleich Form und Mittel der Vereinsbestrebungen entscheiden darüber, ob sie politischen Charakter an sich tragen.“

Dieses reichsgerichtliche Urtheil ist, wie wir unseren Lesern, wer weiß wie oft, mitgetheilt haben, in den letzten drei Jahren für die staatsanwaltschaftliche Praxis und die Rechtsprechung der Gerichte in gewerkschaftlichen Prozessen maßgebend gewesen. Wir möchten also nochmals alle Leiter gewerkschaftlicher Organisationen und diejenigen Genossen, welche Einfluß auf dieselben haben, ersuchen, die mitgetheilten reichsgerichtlichen Entscheidungsgründe stets im Auge zu behalten und sich durch die albernem Prägen gewisser Leute über die vorgebliche „Nothwendigkeit“ des politischen Charakters der Fachvereine nicht irritiren zu lassen.

### An die Vorstände und Vertrauensleute der deutschen Gewerkschaften

verendet die General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands folgendes Flugblatt nebst beigelegtem statistischen Fragebogen:

Die am 16. und 17. November dieses Jahres in Berlin getagte habe Konferenz der deutschen Gewerkschaften empfiehlt dem später einzuberufenden Gewerkschaftstongress durch die Annahme der beifolgenden Resolution, eine Kommission zu wählen, welche allen Angriffen der Unternehrmer auf das Koalitionsrecht der Arbeiter energisch entgegenzutreten habe.

Ferner sollte die Kommission die Agitation in den unorganisirten Handwerkskreisen leiten, sowie die Mittel zur Unterstüßung der Abwehrstreiks aufbringen. Die für die Kommission notwendigen Geldmittel sollten durch einen Beitrag der gesammten Gewerkschaften, nach Maßgabe der Mitgliederzahl derselben, aufgebracht werden.

„Was zum Zusammentritt des Kongresses, resp. Wahl der gedachten Körperschaft durch denselben, soll die von der Konferenz eingesetzte Kommission die Funktionen der ersteren verrichten.“

Wenn nun auch die Kommission im Wesentlichen die Erfüllung ihrer Aufgabe darin zu sehen hat; die Vorarbeiten für die Einberufung des Kongresses, sowie die Ausarbeitung von Vorlagen für denselben zu machen, so wird sie doch nach Möglichkeit bemüht sein, den anderen ihr obliegenden Pflichten nachzukommen. Mit der Ausfertigung der Mittel für die Abwehrstreiks hat sie bereits begonnen und hofft hier seitens der Gewerkschaften genügendes Entgegenkommen zu finden.

Die Kommission gedenkt in der ersten begonnenen Praxis fortzuführen und die Mittel für die Unterstüßung der Ausgeperrten nicht durch Anrufen eines Prozentualbeitrages für die einzelnen Gewerkschaften herbeizuschaffen, sondern es vorzuziehen dem eigenen Ernisse der Gewerkschaften zu überlassen, die nöthigen Gelder der Kommission zur Verfügung zu stellen. Sobald eine genügende Uebersicht über die Stärke der einzelnen Organisationen und ihre Leistungsfähigkeit gewonnen sein wird, soll die Beitragsleistung der Gewerkschaften entsprechend der Resolution ausgeschrieben werden. Abzahn werden die von den Gewerkschaften bis dahin eingezahlten Gelder nach Prozentverhältniß verrechnet werden, so daß jede Organisation zur Leistung ihres Pflichttheils herangezogen werden wird und keine mehr zu leisten braucht, als ihr obliegt.

„Um eine genügende Garantie dafür zu haben, daß nicht Streiks hervorgerufen werden, die keine Abwehrstreiks sind, später aber als solche gelten sollen, beschloß die Kommission: Abwehrstreiks und Aussperrungen werden von der Kommission nicht unterstützt, wenn nicht das Vorgehen durch die betreffende Gewerkschaft gutgeheißen wird. Angriffstreiks finden durch die Kommission überhaupt keine Unterstüßung.“

„Demnach tritt die Unterstüßung seitens der Kommission erst dann ein, wenn von dem Vorstände oder dem Vertrauensmann des in den Ausstand getriebenen Gewerkes die Mittheilung kommt, daß es sich in der That um einen Abwehrstreik handelt.“

„Situationsberichte über den Stand der Aussperrung sind von den Streikleitern des Ortes, in welchem die Aussperrung eingetreten ist, jede Woche direkt an die Kommission zu senden. Die Vorstände der Zentralvereine werden ersucht, die einzelnen Zweigvereine nach dieser Richtung hin zu informieren.“

„Mit der Agitation für die weitere Ausbreitung der gewerkschaftlichen Organisation gedenkt die Kommission sofort zu beginnen, sobald ihr seitens der Gewerkschaften genügende Mittel zur Verfügung gestellt werden. Um eine einheitliche Regelung der Agitation herbeizuführen, werden die Vorstände der Gewerkschaften ersucht anzugeben, welche Agitationstouren von den einzelnen Organisationen für die nächste Zeit geplant sind, damit verhindert werden kann, daß, was in letzter Zeit häufig passiert ist, eine Gegend von mehreren Agitatoren zu gleicher Zeit besucht wird. Es wird seitens der Kommission danach getrebt werden, daß auch für die weiblichen Arbeiter eine genügende Agitation gepflegt wird. Die von der Kommission entsandten Agitatoren werden beauftragt werden, die Frage der gewerkschaftlichen Organisation in den Versammlungen (speziell zu kultiviren.“

„Die Agitatoren erhalten neben den Fahrtkosten für die dritte Wagenklasse an Dänen pro Tag M. 10. Wir ersuchen die Gewerkschaften, geeignete agitatorische Kräfte, welche unter den obigen Bedingungen thätig sein wollen, der Kommission zur Verfügung zu stellen, resp. deren Adressen angeben zu wollen.“

„Zur Bedeckung der Unkosten der Berliner Konferenz und Einberufung des allgemeinen Gewerkschaftstongresses, sowie der Verwaltungskosten der Kommission, als auch für die ersten Kosten der geplanten Agitation, beschloß die Kommission, die Gewerkschaften aufzufordern, der Kopf ihrer Mitglieder einen Pfennig zu zahlen. Wir ersuchen die Vorstände, diesen Verlangen möglichst bald nachkommen zu wollen, damit die Kommission in ihrer Thätigkeit nicht behindert wird. Die betreffenden Gelder sind mit der Bezeichnung „Verwaltungskosten“ an den Kassirer H. Dammann, Hamburg, Bäckerplatz 2, I. Et., zu senden.“

„Um eine Uebersicht über die Zahl und Stärke der Gewerkschaften zu erhalten, ersucht die Kommission die Vorstände, den einliegenden statistischen Bogen möglichst bald ausgefüllt an die unten angegebene Adresse einleiden zu wollen.“

„Im Ferneren wäre es auch wünschenswert, wenn die einzelnen Organisationen in kürzeren Zwischenräumen Situationsberichte über die Entwicklung des Vereins, vorkommende Streiks, Lohnhöhe, Arbeitszeit ufm. an die Kommission einleiden würden, um auf diese Weise eine allgemeine Zusammenstellung der Lage der organisirten deutschen Arbeiter, eventuell auch im Vergleich zu den unorganisirten, zu erhalten.“

„Diese eingegangenen Berichte würden entsprechend formulirt von der Kommission der Öffentlichkeit übergeben werden.“

Schon bei den ersten Aufforderungen und Mittheilungen der Kommission hat sich gezeigt, daß dieselben durch die Arbeiterpresse nur eine langsame und unzureichende Verbreitung erhalten. Deswegen ist der Gebante angezogen worden, ein wünschenswertes Zentralorgan in's Leben zu rufen, welches an Stelle eines Flugblattes den sämtlichen bestehenden Vereinen zugestellt werden soll. Dasselbe würde seinen Zweck jedoch nicht erfüllen, wenn es nicht aus den Ortsverwaltungen der verschiedenen Zentralorganisationen direkt übermittelte würde und ersuchen wir deshalb alle Zentralvereine um die Angabe der Adressen der Vertrauensmänner in den einzelnen Orten. Da fast alle Zentralvereine in regelmäßigen Zwischenräumen derartige Verzeichnisse gebucht zusammenstellen lassen, dürfte dieser Wunsch der Kommission durch Uebersendung der resp. Verzeichnisse leicht erfüllt werden können.

In Vorstehendem glauben wir die für die nächste Zeit zu entwickelnde Thätigkeit der Kommission klargelegt zu haben. Diese Thätigkeit wird, sobald nur die Gewerkschaften den ersten Willen haben, genügende Unterstüßung zu leisten, sich unbedingt zu einer gegenständlichen für die gewerkschaftlichen Organisationen gestalten, sowie zu einer Erleichterung des wirtschaftlichen Kampfes führen. Es muß jedem mit dem Organisationszwecken Vertrauten sofort einleuchten, daß durch diese Einrichtung ein Anfang gemacht worden ist, um die bis dahin getrennt operirenden Gewerkschaften zu einem Ganzen und darum Mächtigen zu vereinen.

„Wir haben in unseren Organisationen oft genug gesehen, was vereinte Kräfte zu leisten vermögen und wollen darum keinen Augenblick säumen, diese in kleinen Zirkeln vereinten Kräfte zu einem Großen, Gewaltigen zu verbinden.“

„Wie gering die Leistungen der einzelnen Gewerkschaften sind, ergibt sich schon aus dem verhältnismäßig winzigen Beitrag von einem Pfennig pro Kopf der Mitglieder, der vorläufig bis zur völligen Klaren Regelung des Ganzen Thätigkeitssphäre der Kommission genügt wird. Für die verhältnismäßig geringen Opfer, welche notwendig sein werden, wird dagegen trotz aller pessimistischen Auffassungen einzelner Leute ein Band um die deutschen Arbeiter gezogen werden, welches die Kapitalmacht nicht zu sprengen vermag, sobald nur jeder der Betheiligten sich bemüht ist, daß bei dem heutigen Zusammenstoß des Unternehmertums eine gleiche, alle

Berufe und Branchen umfassende Organisation der Arbeiter allein widerstandsfähig sein wird.

Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, erwarten wir von allen Gewerkschaften ein gesundes Entgegenkommen und ausreichende Unterstützung in der zu erwartenden Tätigkeit und werden andererseits bemüht sein, der uns zugewandten schweren Aufgabe gerecht zu werden im Vertrauen auf das Solidaritätsgefühl aller organisierten deutschen Arbeiter.

Wenn ein Jeder seine Pflicht zu thun bestrebt ist, nur das Eine im Auge behaltend, der Allgemeinheit dienbar zu sein, dann werden wir nach kurzer Zeit erkennen können, daß wir zu einer organisierten Macht geworden sind, die der Macht des Kapitals mindestens gewachsen ist.

Situationsberichte.

Maurer.

Bronnberg. Zu der am 14. Dezember abgehaltenen Mitgliederversammlung des hiesigen Maurerfachvereins wurde nach Erlebigung der Kassengeschäfte zunächst beschlossen, bis zum 1. April an jeden wandernden Kollegen, welcher nachweist, daß er ununterbrochen 6 Monate lang einem Fachverein oder Verbande angehört hat, 50 M. und an den hiesigen Festtagen 1 M. Mitgliedsbeitrag zu zahlen. Die Unterstützung ist beim Kollegen B a c k s t a d t, K a t t e r s t r. 9, abzuholen. Sodann brachte Kollege J e c h die Zentral-Frankenkasse in Erwähnung, worauf beschlossen wurde, hier eine Filiale derselben zu gründen. Hierauf verlas der Vorsitzende den im „Grundstein“ enthaltenen Artikel über die Arbeiterkoalition von den älteren Festen bis zur Gegenwart und wies nach dem Vorlesung darauf hin, daß ohne Vereinigung die Lage der Arbeiter nicht gebessert werden könne. Daher müsse jeder Kollege agitieren, um die Indifferenten aufzurütteln und hierzu sei das Wohnheim auf das vom Kongresse anerkannte Fachorgan der Maurer, „Der Grundstein“, auf das Beste zu empfehlen. Mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung schloß sodann der Vorsitzende die Versammlung.

Zobtenhausen. Am 9. Dezember tagte hier unter dem Vorsitz des Kollegen S t r e m m i n g eine wahrnehmlich des starken Frostes halber, schwach besuchte öffentliche Maurerverammlung, in welcher Kollege B a u l Gannover einen ausführlichen Vortrag über die Frankensattelgesellschaft hielt. Redner legte sowohl die in der Novelle enthaltenen Mitteilungen, als auch die Verschärfungen den freien Hülfsstellen gegenüber klar und forderte die Anwesenden auf, im Falle ein Protest an den Reichstag seitens der freien Hülfsstellen gerichtet würde, für zahlreiche Unterschriften zu sorgen. Sodann ermahnte Kollege B i j n g e r die Versammlung, für zahlreiches Erscheinen zu sorgen und die unter den Kollegen herrschende Gleichgültigkeit energisch zu bekämpfen. Kollege S t r e m m i n g erwähnte dann eines Krankheitsfalles, bei welchem ein erkrankter ganzer Gegenstand anerkannt habe, daß die freien Hülfsstellen mehr als die Zwangsstellen leisten und forderte, schließlich die Anwesenden auf, für den Eintritt in die Zentralkasse thätig zu sein. Zum Schluß besprach der Redner mehrere Unfälle auf Baustellen mit genauer Anweisung, wie solche zu verhindern seien.

Elbing. Am 13. Dezember tagte hier in Speiser's Lokal die diesjährige Hauptversammlung des hiesigen Maurervereins. Vor Eintritt in die Tagesordnung gestellte der Vorsitzende das Verhalten einer ziemlich bedeutenden Anzahl von „Nachkollegen“, die es sich zur Aufgabe machten, in den Schnapslokalen die Vorstandsmitglieder zu verleumen. Sodann wurde vom Kassierer die Jahresrechnung vorgelegt, worauf bemerkt wurde, nachdem die Revisoren ihres Amtes gewaltet hätten, die Decharge erteilt wurde. Hierauf gab der Vorsitzende einen kurzen Rückblick auf das vergangene Geschäftsjahr, in welchem er die traurige Thatsache mitteilte, daß die Mitgliederzahl des mit so überschwänglichen Hoffnungen gegründeten Vereins von 95 auf 30 gesunken sei; daß sich unter diesen 30 auch noch eine Menge lauer Elemente befände, beweise die heutige Versammlung, die, wie man sehe, nur von 11 Mitgliedern besucht sei. Redner ermahnte die Anwesenden, in der Agitation nicht zu erlahmen. Bei der sodann vorgenommenen Vorstandswahl mußten die bisherigen Vorstandsmitglieder wegen Mangels an Kandidaten ihre Ämter beibehalten mit Ausnahme des Kassierers, der unter allen Umständen seines Amtes enthoben sein wollte. An dessen Stelle wurde Kollege G a r t m a n n gewählt. Hierauf verlas der Vorsitzende einen im „Grundstein“ enthaltenen Artikel über den Werth der Organisation“ und empfahl zum Schluß die möglichste Verbreitung des Fachorgans.

Hofen bei Camsnatt. Der neu gegründete Fachverein der Maurer und Steinhauer von Camsnatt und Umgegend hielt hierseits am 7. Dezember eine gut besuchte Versammlung ab, in welcher Kollege G l a s s e r einen ausführlichen Vortrag über die Bedeutung und den Nutzen der Organisation hielt, welcher von den Anwesenden mit reichem Beifall aufgenommen wurde und den Erfolg hatte, daß sich wiederum 13 Kollegen in den Verein aufnehmen ließen. Auch Kollege S c h m o h l aus Stuttgart trat lebhaft für die Organisationsarbeit ein und wies u. A. darauf hin, wie die Unternehmer in ganz Deutschland sich in kürzester Zeit zu großen Verbänden zusammengelassen haben und daß es daher notwendig sei, daß sich auch die Arbeiter zur Vertretung ihrer Interessen fest aneinander schließen müssen. Hoffentlich werden in kürzester Zeit sämtliche in Camsnatt und Umgegend wohnenden Maurer dem Verein als Mitglieder angehören. Nach Schluß der Versammlung mußten wir leider ansehen, wie unser Lokal, in welchem sieben so sinnreiche Vorträge gehalten wurden, ein Haub der Flammen wurde; innerhalb 15 Minuten, als wir kaum die Wirkstoffe verlassen hatten, stand dieselbe in unerlöschlicher Weise in hellen Flammen. (Anmerkung der Redaktion: Sollte sich da wohl ein „guter Freund“ der Arbeiterfrage ein solches Unheil geleistet haben?)

Langenscheidt. Am 5. Dezember fand im Vereinslokale „Schützenhaus“ eine außerordentliche General-

versammlung des Fachvereins der Maurer von Langenscheidt und Umgegend statt. Nachher von dem Vorsitzenden, Kollegen S t u b i n g, die Tagesordnung bekannt gemacht worden war, wurde von demselben der Zweck des Fragebogens B der statistischen Erhebung erläutert und darauf hingewiesen, daß es wünschenswert wäre, für die Ausarbeitung der Schemas 2 und 3 ein Komité von drei verehelichteten und drei unverheirateten Mitgliedern zur sicheren Beantwortung zu wählen, worauf sämtliche Anwesenden hierfür stimmten. In Betreff der Wanderunterstützung wurde beschlossen, an wandernde Kollegen, die nachweisen können, daß sie 6 Monate lang einem ähnlichen Vereine angehört haben, während der Zeit vom 1. Dezember bis 1. April eine Wanderunterstützung von 25 M., an den drei Festtagen das Doppelte zu zahlen. Die zum Empfang der Unterstützung berechtigenden Anweisungen sind bei dem Kollegen A u g u s t S t u b i n g, M a r t i n s t r. 10, Mittags zwischen 12 und 1 Uhr, sowie Abends von 5 Uhr ab in Empfang zu nehmen. Nach Erlebigung einiger innerer Vereinsangelegenheiten erfolgte hierauf am 11. Uhr Schluß der Versammlung.

Etzleben. Am 16. Dezember fand unter dem Vorsitz des Kollegen B u n d e r l i c h die Mitgliederversammlung des hiesigen Maurerfachvereins statt mit der Tagesordnung: „Vereinsangelegenheiten“. Zunächst entspann sich eine Debatte über die in letzter Versammlung vertagte Wanderunterstützung; es wurde beschlossen: durchreisende Kollegen, welche mindestens 6 Monate einem diesbezüglichen Vereine angehört haben, erhalten, nachdem sie vom Kollegen R. S c h u l z, B r e n n i n g e r S o f 34, 1. Etg. Abends zwischen 6 und 7 Uhr die Karte in Empfang genommen haben, von unserem Kassierer A u g. G a n e w a l d, B r e n n i n g e r S o f 36, eine Wanderunterstützung im Betrage von 35 M. Dann wurde an Stelle des Kollegen Aug. Westphal Kollege A u g. B e c h t e r e t in die Kommission zur Erhebung der Statistik gewählt. Nachdem Kollege W e b e r dann die Maßregelung der Vereinsmitglieder beim Maurermeister Ballin einer scharfen Kritik unterzogen, ermahnte er die Anwesenden, fest zusammen zu halten und nicht vom Verein zu lassen. Sodann wurde beschlossen, auf Kosten des Vereins ein Exemplar des preuß. Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 anzuschaffen.

Celle. Am 15. Dezember hielt der Fachverein der Maurer und Steinhauer von Celle seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche leider wieder einmal recht schlecht besucht war; die meisten Mitglieder hatten es vorgezogen, hinter dem Ofen hocken zu bleiben. Zunächst wurde über das Fachorgan „Der Grundstein“ debattiert. Der Vorsitzende theilte mit, daß einige Kollegen aus den nächsten Gründen die obligatorische Einführung des „Grundstein“ abgelehnt wissen wollen. Die große Mehrzahl der Redner bekämpfte jedoch auf das Entschiedenste diese Ansicht, worauf die Versammlung mit überwiegender Majorität sich für die Beibehaltung des obligatorischen Abonnements entschied. Großem Unwillen erregte das Verhalten einiger Kollegen, welche von hier aus in der Dreifachen Papierfabrik zu Lachendorf regelmäßig Ueberstunden gearbeitet haben, wobei auch zwei Kollegen aus Hamburg, welche bei Gelegenheit des Hamburger Streits hierher kamen, betheiligigt sind; die Betreffenden wurden im Protokoll vermerkt, da laut Beschluß Verdächtige gegen den Lohnzahn in Wiederholungsfällen mit Ausschluß aus dem Verein geahndet werden. Den Schluß der Beratungen bildete eine Redebeziehung betreffs der Einladung seitens der hiesigen Maurerobstrolache zur Theilnahme an der Feier der Andäunung des frischgemalten und vergoldeten stehenden Schildes an der Herberge, welche zu gleicher Zeit das Vereinslokal umfaßt, am 28. Dezember d. J., Nachmittags 3 Uhr. Die Mitglieder der Lobtenlade haben sich den Kosten der Reparatur des Schildes gerne unterzogen, indem sie hoffen, die reisenden Kollegen mehr an das Vereinslokal resp. Herberge zu ziehen, damit sie nicht, wie jetzt vielfach üblich, nach der Herberge zur Heimath gehen, denn damit haben wir bei unserem Streik im Jahre 1888 böse Erfahrungen gemacht. Die Versammlung beschloß, vollständig an der Feier theilzunehmen. Auch sei hier nochmals erwähnt, daß der Fachverein der Maurer und Steinhauer zu Celle an reisende Maurer und Steinhauer, welche nachweislich drei Monate einem Fachverein angehört haben, 50 M. Reiseunterstützung, je nach der Weisheit und Anzahl jedoch M. 1.— Die Unterstützung ist beim Kassierer W. F ö r t e r, K u t u s t r a ß e 2, in Empfang zu nehmen.

Wilsheimshaven. Am 16. Dezember fand unter dem Vorsitz der Kollegen W e y e r und L a a s e r eine öffentliche Versammlung der Maurer von Wilsheimshaven und Umgegend in der „Urde“ statt. Zunächst wurde die geprüfte Abrechnung der freiwilligen Beiträge vom Kassierer derselben verlesen, welche von der Versammlung für richtig befunden wurde, und wurde dem Kassierer für seine Mühewaltung der Dank ausgesprochen. Sodann erstattete Kollege H e r r s c h e r als Mitglied der Lohnkommission einen allgemeinen Bericht über die hiesigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse während des vergangenen Jahres. Nach diesem Berichte hat die Hälfte der hiesigen Meister und Unternehmer die schriftliche Bewilligung unseres Lohnzartaris eingereicht, wogegen die andere Hälfte es nicht für nötig gehalten hat, sich mit uns in's Einvernehmen zu stellen. Im Allgemeinen ist aber der Minimallohn von M. 4.50 bei gleichzeitiger Arbeitszeit von sämtlichen hiesigen Unternehmern gekürzt worden. Im Uebrigen war der Bericht zufriedenstellend und wurde der Lohnkommission für deren Leistungen ein Dank ausgesprochen. Hierauf wurde zur Wahl der neuen Lohnkommission geschritten. Die Lohnfrage rief eine sehr lebhafteste Debatte hervor; mehrere Redner bewiesen klar, daß es nicht mehr möglich sei, mit dem bisher gekürzten Lohn auch nur nochträglich auszukommen und beantragten, eine Lohnverhöhung um nachträglichen Lohnzartaris vorzunehmen. Andererseits wurde bestritten, den alten Lohnzartaris erst in allen Theilen ernsthaft zur Geltung zu bringen und auf diese Weise eine gründliche Reform zu schaffen. Einmüthig eingehender Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „In Erwägung der

traurigen Lage unseres Handwerks macht es die Versammlung aller Maurer hierorts zur strengsten Pflicht, sich den hiesigen Fachvereine anzuschließen, um so durch gemeinsames Zusammenwirken der grenzenlosen Willkür des Unternehmertums die Spitze bieten zu können, denn nur durch eine stramme Organisation können wir unsere Interessen verteidigen und das Ertrugene hochhalten.“ Nach Erlebigung einiger anderen Angelegenheiten wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Bewegung der deutschen Arbeiter vom Vorsitzenden geschlossen.

Neu-Weißensee 6. Berlin. Am 18. Dezember tagte hier in Glash's Lokal unter dem Vorsitz der Kollegen F r e g a n g, D o h r m a n n und K a s t eine Generalversammlung der hiesigen Maurer. Zum ersten Punkt der Tagesordnung, „Beimnachbesprechung“, wurde nach längerer Diskussion beschlossen, M. 60 aus dem Generalfonds zur Unterstützung nothleidender Kollegen bezw. Wittnen zu verwenden, und zwar M. 15 für den frankten Kollegen G. W e i ß und M. 10 für die Kinder der Wittve A p e l t. Mit der Einhängigung dieser Bescheidung sowie mit der Verteilung des Restes der ausgelegten Summe an die weiteren Mitglieder sei nach Bedürfnis und Möglichkeit vorzugehen. Die Kollegen F r e g a n g, D a n i e s und F r e g e n beauftragten und zwar so, daß die Verteilung am 21. Dezember, Nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokale stattfinden kann, wozu sämtliche Anwesenden zu ersuchen sich verpflichteten. Die alsdann verlesene Abrechnung von dem am 4. Oktober zum Besten der Beimnachbesprechung abgehaltenen Vergütigen ergab ein Defizit von M. 3.45, welches theils der Vorfälligkeit der Kollegen, theils auch dem Unfalle zuguschrieben ist, daß an dem genannten Tage drei Vergütigungen im Orte abgehalten wurden. Ueber die Wiedererrichtung einer Filiale der Zentral-Frankenkasse „Grundstein zur Einzelnheit“ entstand dann eine längere Debatte, welche damit endete, daß ein vom Kollegen K a s t gestellter Antrag, eine Gaststube der Filiale Berlin zu errichten, abgelehnt wurde. Es unterzeichneten sich sodann 11 Mitglieder der Klasse zur Gründung einer Filiale und liegt die Liste zur weiteren Unterschrift beim Kollegen D o h r m a n n an.

Breese. Am 14. Dezember hielt der hiesige Maurerfachverein seine regelmäßige Monatsversammlung im Vereinslokale ab, in welcher nach Erlebigung der Kassengeschäfte ein neues Mitglied aufgenommen wurde. Darauf wurde nach längerer Diskussion beschlossen, der schwachen Kassenverhältnisse halber die Ertheilung einer Wanderunterstützung an wandernde Geschätzgenossen bis zum nächsten Jahre aufzuschieben. Nachdem dann der Vorsitzende die Anwesenden zur rechtzeitigen Ausfüllung der statistischen Formulare aufgefordert hatte, erfolgte Schluß der Versammlung.

Bauhaunderwerter.

Bieberich. Der Mißerfolg, den die hiesigen Bauhandwerker im verflochtenen Sommer mit ihrem Gehuch, die Arbeitzeit auf zehn Stunden zu verkurzen, gehabt haben, hat den schwachen Organisationsverstand, der uns vorher gemacht worden war, gänzlich zertrümmert. Die übergroße Mehrzahl der Kollegen hat die kaum in die Sand genommene Platte wieder in's Korn geworfen und sie nicht mal zum Besuch einer Versammlung zu bewegen ist. So sollte am 12. November hier eine öffentliche Versammlung stattfinden, in welcher Kollege B o r e n a u s Hamburg einen Vortrag zu halten hochschätzte. Alles war auf das Beste vorbereitet, — jedoch die Versammlungsbesucher fehlten. Außer dem wachamen Herrn Bürgermeister und drei Schülerlein waren — sage und schreibe — fünf Maurer erschienen, jedoch die seitens der Behörde aufgewandte Mühe umsonst war. — Auf der Rückreise traf dann am 26. November Kollege Lorenz in Wiesbaden ein und dort hoffte der Einberufer dieses Berichtes, da ja jetzt der Koalition der Maurer nichts weiter im Wege steht, als der Indifferentismus, einen besseren Erfolg mit der Einberufung einer Versammlung zu haben. Ja, profit die Wahlzeit! Außer dem Einberufer und dem Referenten waren erschienen ein Polizeikommissar, ein Schuhmann, ein betrunkener Maurer und ein Barkeeper; später kam noch ein Freund aus Langen hinu. Und dabei wohnt hier und in der Umgegend eine Gesamtzahl von circa 2000 Maurern. Und was ist die Ursache dieser Noth? Sehr einfach, sie lesen nicht's: Alle Mühe, für den „Grundstein“ Abonnenten zu gewinnen, ist bisher vergebens gewesen, weil eben das Abonnement bezahlt werden soll. Und zum Hassen ist Niemand zu bewegen; zum Schnaps ist wohl Geld übrig, nicht aber zu Ausgaben für die eigene Bildung sowie für Organisationszwecke. Würde die Geschäftsteilung der Maurer Deutschlands ihr Ungemessenes vornehmlich auf diesen Bezirk richten, damit hier endlich die Maurer aus ihrem geistlichen Schlafe erwachen.

Eingeladent.

Aus Berlin.

Geheite Redaktion! Soeben lese ich in Nr. 51 Ihres geschätzten Blattes die „Komodie“ vom 9. Dezember im Lokal „Königsplatz“. Hierzu möchte ich Ihnen, was die Einberufung jener Versammlung anbelangt, Folgendes bemerken: In der öffentlichen Maurerverammlung, am 2. Dezember, im Lokal von Brauerer, Tempelhofer Berg, wurde von Herrn Kerstan ein Antrag eingebracht, dahingehend, die Kongressbeschlüsse zu halten. Dieser Antrag wurde von Herrn Kerstan sowohl wie von Herrn Gerstädt mit der Motivierung bekämpft, jetzt sei es zu spät und zwecklos, aber eine beratende Frage abzumachen, da die Versammlung überhaupt so schwach besucht sei (es waren in der That kaum 100 Personen anwesend); dieses hätte ein halb Jahr früher beschlossen müssen. Hieraus wurde von Herrn Kerstan beantragt, da insolge des Gewerkschafts-Prozesses in der nächsten Woche verschiedene Leiter der deutschen-Maurerbewegung in Berlin anwesend seien und die Herren Bernau und Dammann sich überhaupt noch nicht gegenseitig in's Auge gesehen haben, auch von der anderen Seite immer noch behauptet würde, man

habe noch keinen Kongressbeschluss gebrochen, die Vertrauensmänner zu beauftragen, zu nächster Woche eine große öffentliche Mauererversammlung mit der bekannten Tagesordnung einzuberufen und wenn irgend möglich, Herrn Dammann als Referenten zu bestellen. Soweit der Antrag zu jener Versammlung am 9. d. Mts. welchem, wie ich wohl behaupten kann, keine unaufrichtige Motive zu Grunde lagen, vielmehr die ernste Absicht, wenn möglich endlich der stillen Wernau einen Damm entgegenzusetzen.

Nun gestatten Sie mir wohl noch einige Bemerkungen. Der Vorliegende in der Bodoverammlung ist Vertrauensmann der Berliner Mauerer, derselbe hätte doch nur wohl die Pflicht gehabt, gleich am anderen Tage unter Klarlegung der Situation an Herrn Dammann zu schreiben. War es denn D. nicht möglich, das Referat zu übernehmen, so glaube ich, wäre es doch wohl einem der anderen Herren ein Leidtes gewesen, über das angeregte Thema zu sprechen, wenn er sich einigermaßen darauf vorbereiten konnte, und zum Schaden der Berliner Mauererbewegung wäre dies sicher nicht gewesen. Aber wie man sieht, haben die Herren Wernau, Weiske und Anshagen es verstanden, unter Verdrehung der Thatfachen, die Situation für sich auszubilden.

Mit kollegialischem Gruß  
S. N.  
Berlin, den 19. Dezember 1890.

**Beide des Reichsversicherungsamtes.**

Ein ganz neuen Grundsatze in der Unfallversicherungspraxis brachte am 5. d. M. das Reichsversicherungsamt in der Beschlusse des Hohen Rat Walter gegen die Norddeutsche Holzberufsgenossenschaft in Berlin zur Anwendung. Am 16. August v. J. zog sich der bei dem Fabrikanten Robert Krundt in Rigsdorf beschäftigte Arbeiter beim Bedienen der Hobelmaschine eine schwere Verletzung der rechten Hand zu, welche schließlich die Amputation des Mittel- und kleineren Fingers notwendig machte. Der Zeigefinger besitzt fast keine Bewegungsfähigkeit. Am 14. Februar d. J. wurde seitens des Genossenschaftsrates Dr. Bruns das Heilverfahren als beendet erachtet, und dem Kläger vom 15. Februar d. J. ab eine Rente von 55 pSt. der für gänzliche Erwerbsunfähigkeit gewährten in Höhe von M. 26.25 pro Monat bewilligt. Gegen die Festsetzung dieser Rente legte der Verletzte beim Schiedsgericht Berufung ein und verlangte 66 2/3 pSt. Rente, da die Bestimmung seiner rechten Hand dem Verlust derselben gleich zu stellen sei. Die Berufung wurde zurückgewiesen, der Kläger ließ nun gegen die schiedsgerichtliche Entscheidung durch den Rechtsanwält Dr. Platan Retus einlegen, den im heutigen Termine dessen Gehilfen, Referendar F. Bräntel, vertret. Inzwischen machte derselbe der ganz neuen Gesichtspunkt geltend, daß den Verletzten nach abgeschlossener Heilbehandlung noch eine Uebergangszeit gewährt werden müsse, in welcher sie sich über können die ihnen verbleibenden Gliedmaßen an die unter solchen Umständen völlig veränderte Arbeitsfähigkeit zu gewöhnen. Er schlug vor, diese Uebergangszeit auf zwei Monate zu berechnen und während derselben dem Kläger eine erheblich höhere Rente zu gewähren. Das Reichsversicherungsamt trat diesen Ausführungen bei und verurteilte die Beklagte zur Zahlung von 76 pSt. Rente für eine sechsmonatliche Uebergangszeit und zur Erstattung von M. 10 von den Anwaltskosten.

Nr. 902. In Bestätigung des Beschlusses 621 (Mündliche Nachrichten des R. V. M. 1888 Seite 338) hat das Reichsversicherungsamt in einer Refurdenentscheidung vom 19. Oktober 1889 eine Rentenherabsetzung auf Grund des § 65 des Unfallversicherungsgesetzes für zulässig erklärt, nachdem der durch Betriebsunfall an einem Finger beschädigte Verletzte mit seinem Einverständnis auf Kosten der Berufsgenossenschaft mit Erfolg zum Schreiber ausgebildet und so durch Eröffnung eines bis dahin ihm verschlossenen Feldes lohnender Tätigkeit seine Erwerbsfähigkeit erhöht worden war.

**Gerichts-Chronik.**

Nach einer ganz neuen Auslegung des § 153 der deutschen Gewerbeordnung, welche in Berlin in einer schöffengerichtlichen Verhandlung durch den Vertreter der Staatsanwaltschaft verteidigt wurde, würden die so zahlreich in den Arbeiterblättern erscheinenden Annoncen: „Ueber die Firma K. ist die Sperre verhängt, Zugang ist ferngehalten“, schon als strafbare Verurteilungen im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung zu gelten haben. Der in Berlin wohlhabende Medaillieur der in München erscheinenden „Deutschen Würtcher-Zeitung“ war auf Grund des § 153 angeklagt, weil infolge des in der Bodenheimerischen Fabrik zu Kassel ausgebrochenen Streiks in dem Blatte etwa folgendes Inserat erschienen war: „Ueber die Firma M. W. Bodenheimer zu Kassel ist infolge eingetretener Lohnhöherungen die Sperre verhängt, Zugang ist ferngehalten, es wird ersucht, Käufer aus jener Fabrik nicht zu verpachten oder zu verladen. Die Sperre-Kommission.“ Der Angeklagte bestritt, sich durch Aufnahme dieser Annonce strafbar gemacht zu haben. Der Streik in der Bodenheimerischen Fabrik sei durch große Unzufriedenheiten daselbst hervorgerufen worden, Herr Brauereidirektor Möstke sei selbst nach Kassel gefahren, um zu vermitteln, seine Besuche seien aber an der Unnachgiebigkeit der Firma gescheitert und infolgedessen die Sperre verhängt worden. Dies komme seit dem Bestehen der Gewerbeordnung vor und liege innerhalt

des Rechts der im § 152 gewährleisteten Koalitionsfreiheit. — Der Staatsanwalt verwies jedoch auf den Wortlaut des § 153: „Wer Andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, Verurteilung und dergl. zu bestimmen versucht, an Verabredungen zur Erlangung günstiger Arbeitsbedingungen Theil zu nehmen, oder ihnen Folge zu leisten, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.“ Hier in diesem Falle sollten auch „Andere“, nämlich die Arbeitgeber, durch Verurteilung gezwungen werden, den Verabredungen der Arbeitnehmer zur Erlangung günstiger Arbeitsbedingungen „Folge zu leisten“, und deshalb finde der § 153 der Gewerbeordnung Anwendung. Der Staatsanwalt beantragte demgemäß 6 Wochen Gefängnis. — Rechtsanwält Heine: Hier handele es sich um einen — jetzt schon in mehreren Nummern vorliegenden — erneuten Versuch, dem § 153 der Gewerbeordnung plötzlich eine ganz neue Seite abzugewinnen. Seit den 23 Jahren des Bestehens der Gewerbeordnung sei es noch keinem Menschen eingefallen, den § 153 anders als dahin aufzufassen: es soll einer Koalition von Standesgenossen verboten sein, durch Verurteilung ihrer eigenen Standesgenossen zu zwingen, gewissen getroffenen Verabredungen Folge zu leisten. Verurteilungen an sich seien, wenn sie keine Verabredungen enthalten, nicht strafbar, bisher sei es auch nicht strafbar erachtet worden, wenn von der Gruppe der Arbeitnehmer eine solche Verurteilung gegen einen Arbeitgeber oder vice versa ausgespielt wird. Man habe bisher nichts davon gehört, daß der § 153 gegen die Arbeitgeber herangezogen worden, welche sich gegenseitig verpflichteten, keinen Arbeiter wieder einzustellen, der am 1. Mai gezeit hat, oder bestimmte Ankommen darin getroffen, Mitglieder eines bestimmten Fachvereins nicht in Arbeit zu nehmen. Es sei behauerlich, daß dieses neue Experiment mit dem § 153 nicht vor der Strafkammer gemacht worden, damit sich das Reichsgericht damit befassen könne. Die Konsequenzen dieser neuen Auslegung müßten zu einer vollständigen Umgestaltung unseres gewerblichen Lebens, sowohl auf Seiten der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer führen. Danach würde ein Fabriknach § 153 strafbar sein, wenn er durch eine neue Fabrikordnung sich bessere Arbeitsbedingungen — nach Verabredung mit anderen Fabrikherren — schafft und diejenigen Arbeiter entläßt, welche sich dieser neuen Ordnung nicht fügen. Für die Arbeiter aber würde die Koalitionsfreiheit gänzlich aufhören, denn bei Durchstumpfung von Streiks find solche Annoncen, wie die hier in Frage stehende, unermesslich. — Der Gerichtshof hielt die neue Interpretation des Staatsanwalts auch dem Sinne und Wortlaut des § 153 nicht für entsprechend und erkannte auf Freisprechung.

**Abrechnung des Streiks der Maurer zu Gera und Umgegend.**

Ausgabe.

Für Reiseunterstützung	M. 121.60
„ Unterfützung an streikende Maurer	798.46
„ Druckfachen	26.25
„ Agitation	16.11
„ Annoncen	12.52
„ Porto und Schreibmaterial	10.65
Summa der Ausgabe	M. 985.59

Einnahme.

Vom Unterfützungsfonds	M. 691.22
Von der Geschäftsleitung in Hamburg	300.—
Summa der Einnahme	M. 991.22

Ausgabe.

Ueberrückbestand M.	985.59
Ueberrückbestand M.	5.63

Der Rest ist dem Unterfützungsfonds übermitteln worden.  
Gustav Bachmann.  
Revidirt und für richtig befunden:  
Die Revisoren:  
H. Hubert, F. Arnold, G. Behr.  
Gera, den 7. Dezember 1890.

**Abrechnung über den Unterfützungsfonds der Maurer Erfurts und Umgegend.**

Einnahme.

Auf nummerirte Aktien eingegangen	M. 236.02
Für verkaufte Karten	445.10
Summa	M. 681.12

Ausgabe.

Für abgeperrte Zimmerer Erfurts	M. 50.—
„ An die Geschäftsleitung in Hamburg	280.—
Für abgeperrte Schuhmacher Erfurts	30.—
Für Karten und Karten	38.—
Dieser nebst Porto	6.95
Veranstaltungskosten	28.17
Annoncen	25.—
Für Agitation nach Herbstleben	23.—
Für Rechtschutz	10.—
Hauptbuch	2.33
Stempel nebst Kissen	3.—
Druckfachen	27.50
Schreibmaterialien, sowie Verwaltungskosten	8.65
Summa	M. 532.60

Für bettlichen Fonds angelegt M. 150.—  
In Händen des Kassiers M. 52.  
Markenbestand 10 000 Stück.  
Kartenverkauf 4 551 „  
Ausfände von Karten 444 „  
Zehnjährigen Markenbestand 5 005 „  
Revidirt und für richtig befunden:  
Die Revisoren:  
Karl Kleinede, Karl Fink, August Müller, Christoph Meibrott.

**An die Vorstände der Krankenkassen.**

Das Protokoll über den Kongress der freien und der auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteten Krankenkassen ist bereits in Druck gegeben und werden alle diejenigen, welche Protokolle zu beziehen wünschen, hiermit dringend ersucht, die Bestellung schleunigst zu machen, damit die Aufträge festgesetzt werden kann. Der Preis wird sich auf 30  $\frac{1}{2}$  pro Exemplar belaufen und sind bei Bestellung von Einzel Exemplaren 5  $\frac{1}{2}$  mehr für Porto einzuladen.

Desgleichen wird in nächster Zeit die Denkschrift über die gefassten Beschlüsse erscheinen und wolle man auch hierfür gleich die Bestellung aufgeben. Bestellungen können an folgende Adressen gerichtet werden:

B. Gramm, Gr. Theaterstr. 44.  
G. Blume, Bismarckstr. 10.  
C. Butenuth, Gr. Drehbahn 8.  
Die Kommission.  
Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

**Briefkasten.**

\* Der Bevollmächtigte der Filiale Steinfeld der Zentralkasse „Grundstein zur Einheit“, Kollege Karl Wolf, wird um genaue Angabe seiner Adresse ersucht, da die Nummer 50 und 51 von der Post als unbestimmbar zurückgefordert sind.  
Einfach a. d. S., J. Ihnen ist ein kleiner Irrthum unterlaufen; der Preis der betreffenden Anzeige beträgt M. 1.65, wie Sie sich durch Einblick in die Nr. 44 überzeugen können. Der Rest von 20  $\frac{1}{2}$  kann ja beim nächsten Quartale mit beglichen werden. Freundlichen Gruß.

Rothenburgsort, F. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, über jeden Prozeß gegen Kollegen zu berichten. Sie scheinen die Aufgaben eines Gewerkschaftsorgans, dessen Leserkreis sich über ganz Deutschland erstreckt, zu verwechseln mit den Aufgaben einer Tageszeitung, welche regelmäßig über alle Gerichtsverhandlungen berichtet. Fälle, über die wir berichten, müssen ein allgemeines Interesse haben. Daß speziell Ihr Fall ein solches Interesse nicht hat, ist aus dem betr. Bericht des „Echo“, nicht zu ersehen. Wenn Sie dem Falle ein allgemeines Interesse beimesen, so hätten Sie so freundlich sein sollen, einen genaueren Bericht unter Beilage der Anlagenschrift und des erstinstanzlichen Urtheils zuzustellen. Aber das dürfen Sie uns doch nicht zumuthen, daß wir aus einem ganz allgemein gehaltenen Bericht von 20 Zeilen so ohne Weiteres eine den Fall richtig zu wärdigende Berichterstattung und Kritik förmlich zusammenhängen können.

Samrat, M. Es ist uns nicht erinnerlich, in jüngerer Zeit einen Bericht von dort erhalten zu haben. Uebrigens machen wir Sie darauf aufmerksam, daß der freie Papierstand von uns zur Korrektur gedrückt wird und daher zwecklos ist, wenn Sie denselben zu schriftlichen Mittheilungen benutzen.

München, de C. Die Erfüllung Ihres Wunsches in voriger Nummer war unmöglich. Uebrigens machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß die an uns gerichteten Sendungen frankirt sein müssen, da wir unsere Sendungen ebenfalls frankiren.

Grebsmühlen, M. Zur Aufnahme in voriger Nummer kam Ihr Anzeige hier zu spät an. Der Irrthum in Betreff der Quittung liegt nicht an uns; auf dem Coupon steht: „Hierdurch erhalten Sie das Abonnementgelt in Summa von M. 24.90.“

Geunig, R. Haben Sie denn die in Nr. 43 enthaltene Bekanntmachung des Vorstandes der Zentralkasse der Maurer usw. nicht gelesen? Sie erhalten das Blatt auf Kosten der Zentralkasse in Ihrer Eigenschaft als Bevollmächtigter der dortigen Filiale zugesandt und haben dasselbe als Eigentum der Filiale aufzubehalten.

Neuweikense, D. Wir ersuchen dringend um mögliche Klärung der Berichte oder mit anderen Worten um Fortlassung aller Ausführungen, welche für die unwürdigen Leser kein Interesse haben können.

Leipzig, Hannover und mehrere andere Städte. Ihren Anfragen, betr. die vom Kollegen Lorenz, Großhain in Berlin gethanen Aeußerungen über die Organisationsfrage, glauben wir am besten dadurch gerecht zu werden, daß wir hiermit den Kollegen Lorenz ersuchen, öffentlich mitzutheilen, ob er die betr. Aeußerungen so, wie sie der Berliner Bericht in Nr. 49 unseres Blattes giebt, wirklich gethan hat.

**Anzeigen.**

**Zur gefälligen Beachtung!**

Da mit dieser Nummer des „Grundstein“ das vierte Quartal d. J. abschließt, so ersuchen wir die verehrl. Verbreiter des Blattes, welche ihren Verpflichtungen gegen die Expedition bisher noch nicht nachgekommen sind, dieselben baldmöglichst zu erfüllen. Diejenigen Verbreiter, welche den Betrag für das dritte Quartal noch schulden, werden hierdurch darauf aufmerksam gemacht, daß ihnen, abgesehen von den weiteren Schritten unsererseits, fernere Sendungen nicht mehr zugehen, wenn die Schuld bis zum 31. Dezember d. J. nicht beglichen ist.  
Die Leser des „Grundstein“, welche nach Neujahr von dem Verbreiter an ihrem Orte dies Blatt nicht zugestellt erhalten, wissen dann, woran sie mit dem Verbreiter sind.  
Mit kollegialischem Gruß  
Die Expedition des „Grundstein“.

An unsere werthen Korrespondenten.

Des Neujahrstages halber muß die Redaktion der Nr. 1 des nächsten Jahrganges am Montag Mittag geschlossen werden, worauf wir unsere werthen Korrespondenten hiermit besonders aufmerksam machen.

Mit Gruß. Die Redaktion.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinbauer, Gipser (Weißbinder) und Stuckateure Deutschlands, Grundstein zur Einigkeit.

(Eingetr. Postst. Nr. 7, Sig. Altona.) In der Woche vom 14. bis 20. Dezember sind folgende Beträge bei der Hauptkasse eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Otensen M. 300, Botsdam 400, Alt-Altenide 100, Lübeck 200, Lützel 300, Copernik 80, Summa M. 1280.

Zufüsse erliefen: Die örtliche Verwaltung in Minden i. Westf. M. 100, Hildesheim 75, Alvensleben 100, Bahna 100, Mühlstadt 50, Preßlin 100, Gannstatt 150, Mannheim 150, Mühlau 150, Wensheim 60, Weidau 200, Otterberg 70, Mühl. Grumbach 250, Stuttgart 300, Alt-Wieslin 100, Steinbeck 100, Summa M. 2055.

Altona, den 20. Dezember 1890. C. Reich, Hauptkassier, Friedrichsbadestraße Nr. 28, Haus 7.

Zur Beachtung für die Kollegen zu Minden i. W. und Umgegend.

Von jetzt ab können Beträge, sowohl die monatlichen Vereinsbeiträge, als auch die Beiträge zum Generalfonds der Maurer von Minden und Umgegend an jedem ersten Sonntag im Monat bei den Geschäftlichen Kassen in Todenhausen und Freberling in Barthhausen entrichtet werden. In jedem der genannten Lokale wird von 3 Uhr Nachmittags ab der Kassier bzw. der Hilfskassier anwesend sein.

Der Vorstand des Fachvereins der Maurer von Minden und Umgegend.

[M. 240.] F. A. S. Altvater.

Fachverein der Maurer Kiels und Umgegend. Mitgliederversammlung am Donnerstag, den 8. Januar 1891, im „Englischen Garten“.

Tagesordnung: 1. Monatliche Abrechnung. 2. Ist die Fachorganisation zum Nutzen oder nicht? 3. Berichtigungswesen. 4. Verschwiegenes. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig.

Der Vorstand.

NB. Hiermit zur Kenntnis der durchreisenden Kollegen, daß alle diejenigen, welche nachweislich in der letzten Zeit einem Vereine drei Monate lang angehört haben, eine Keimunterföhlung von M. 1 erhalten. Die darauf Merkstellenden haben sich zu legitimieren bei dem Kollegen Karl Dubau, Knooperweg Nr. 106, Hinterhaus. Die Zahlung wird geleistet bei dem Kollegen Bauer, Schauenburgerstraße 46, Parterre, zwischen 6 und 7 Uhr Abends. [M. 3.80.] D. D.

Hafenleider's Vermächtnis!

Berlag von G. Thiele in Leipzig, Dörrienstr. 9.

Deutscher Jugendschatz.

Schönstes Weihnachtsgeschenk für deutsche Knaben und Mädchen, 2.50, für Jungfrauen, Braut-Angebote, M. 2.50.

Quittungs-Marken u. Hautgußkumpel-Fabrik von Jean Holze, Hamburg.

Große Drehbahn 45 empfiehlt sich allen Krankenkassen und Arbeitervereinen. Seit zwölf Jahren hiermit ständiger bester. Zentral-Krankenkassen, sowie für circa 5000 Kassen und Vereine Deutschlands, Englands und Amerikas.

Beste Bezugsquelle. Schnellste Bedienung. Gollde Preise. Der Versand geschieht portofrei. Proben und Preis versende gratis und franko.

Abonnements-Quittung.

Für das dritte Quartal 1890: Reichsbach i. B., M., (1. Rate) M. 16. Für das vierte Quartal 1890: München, de C., M. 39; Uelzen, D., 35; Badsele, F., 7.80; Greifswald, P., 6.80; Wenzelendorf, H., 6.80; Calbe d. S., D., 28; Alsterleben, S., 6; Halberstadt, W., (1. Rate) 7.20; Lübbchen, P., 13.50; Eisleben, W., 35; Oberburg, R., 12; Auenburg, R., 19.80; Sohnstadt, F., 1.40; Saalfeld a. S., B., 18.90; Wernemünde, S., 7.15.

Für das erste Quartal 1891: Bockfle, B., 1.40; Leuwin, R., 1.40; Beyer, S., (1. Rate) — 50. J. Stangl.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, F. H. B. Dieß Verlag) ist soeben das 12. Heft des 9. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Zur Frage des ehernen Böhmeles. IV. Von G. B. Krause. — Briefe aus Nordamerika. — Die erste umfassende Unfallstatistik in Deutschland. II. Von M. A. Schippel. — Der Fall Barnek. Feuilleton: Löhner unserer Zeit. Roman. aus dem modernen Gesellschaftsleben von F. v. K. (Fortsetzung).

„Lichtstrahlen“, Blätter für volkstündliche Wissenschaft. Zugleich ein literarisches Wegweiser für das Volk. Erscheint halbjährlich in Heften à 20 S. Dresden, Verlag von D. Garnisch. — Bisher erschienen sechs Hefte. Inhalt des sechsten Heftes: Uebersicht des Gottesbegriffes. Von Hermann Teister. (Fortsetzung) — Haustiere und Kulturentwicklung. Von E. S. Hermann. (Fortsetzung) — Geschichtliches über den Marienkäfer. Von Hermann Teister. (Fortsetzung) — Reisebilder aus Norwegen. Von M. D. (Fortsetzung) V. — Koch- und die Schwindmühle. Von Dr. med. Max Böhm. — Das Lebenshumm in der römischen Kirche. Bilder aus dem religiösen Leben Sibitians. — Literarisches. — Kleine Mitteilungen.

Quittung

über eingegangene Gelder bei der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Zeit vom 15. bis 21. Dezember.

Table with columns for donor name, amount, and address. Includes entries like 'Von Theils Bau, Wilhelmshurg', 'M. 14.70', 'F. St.', '1', 'Kummel-Ueberschuss von Robbig, Hamburg', '7', etc.

Table with columns for donor name, amount, and address. Includes entries like 'Fachverein der Tischler, Berlin', '800', 'H. Rings, Berlin SO.', '13', 'Vertrauensmann Beder, Bienen-Gannover', '180', etc.

In der Quittung vom 8. bis 13. Dezember muß es heißen: statt Köpfer, Köpfer-Sarburg M. 80. Adresse des Einsenders von Neu-Neuburg ist unleserlich. Die Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Druck von F. H. B. Dieß, Hamburg.

